

Sozialdemokratischer PresseDienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kitzinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Geydantsch

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Rückgabe beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zelte ist Berlin.

Berlin, den 23. Juni 1932.

Abwehr und Vorstoss.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften.

SPD. Das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften, das am Mittwoch veröffentlicht worden ist, hat nicht nur die Aufgabe, den Pseudosozialismus, der im Dienst der Junker und Industriearistokratie marschiert, zu entlarven, sondern es soll auch den Weg weisen, der von der kapitalistischen Planlosigkeit der Gegenwart zur sozialistischen Planwirtschaft der Zukunft führt. In einer Zeit, in der die Kapitalisten selbst den Glauben an die Kraft ihres Systems verloren haben, in einer Zeit, in der mehr und mehr zusammenbrechende Zweige der privaten Wirtschaft unter die schützenden Fittiche des gleichen Staates flüchten, dessen wirtschaftliche Betätigung sie prinzipiell bekämpfen, wird es zur dringlichen Gegenwartsaufgabe der Arbeiterklasse, die nächsten notwendigen Schritte zum Umbau der Wirtschaft aufzuzeigen. Der Ausgangspunkt der notwendigen Wandlung ist der Finanz- und Monopolkapitalismus in seinen heutigen Formen, in seinem heutigen Versagen. Die nächste Aufgabe ist es, durch die Gestaltung des Raumes, der zwischen dem versagenden Kapitalismus und dem vollendeten Sozialismus liegt, den Weg zum Aufbau der neuen Wirtschaft zu weisen.

Von dieser geschichtlichen Lage unserer Zeit gehen die veröffentlichten Richtlinien der freien Gewerkschaften für den Umbau der Wirtschaft aus. Sie haben es sich nicht zur Aufgabe gesetzt, das sozialistische Zukunftsziel, das längst Gemeingut der modernen Arbeiterbewegung ist, in seiner Vollendung und in seinen Einzelheiten auszumalen. Sie haben sich die bescheidenere, der Forderung des Tages entsprechende und deshalb um so wichtigere Aufgabe gestellt, die Pfeile zu zeigen, die unmittelbar in die Zukunft der Wirtschaft führen.

Von der notwendigen Anpassung der Massenkauflkraft an die gesteigerte Produktivität der menschlichen Arbeit, von der planmässigen Konjunkturpolitik der öffentlichen Körperschaften, von einer Aussenhandelspolitik, die auf die Einordnung der Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung gerichtet sein muss und von manchen anderen unmittelbaren Gegenwartsaufgaben der Wirtschaftspolitik ist in diesen Richtlinien die Rede. Darüber hinaus aber zeichnet sich als der Kern der notwendigen Massnahmen zum Umbau der Wirtschaft mit aller Deutlichkeit die veränderte Rolle, die der Staat, der demokratische Staat, der die Gesamtheit des Volkes verkörpert, in der Wirtschaft zu spielen hat, ab.

Mit der Forderung nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die die Stützpunkte der grossindustriellen gesellschaftlichen und politischen Macht sind, mit der Forderung der Unterwerfung der Kartelle und privaten Monopole unter staatliche Aufsicht und Lenkung werden dem Staat die nächsten Aufgaben auf dem Gebiete der Gestaltung von Industrie und Handel gewiesen. Das sind entscheidende Schritte im Wandel der Eigentumsordnung, entscheidende Schritte in der Richtung zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Aber der moderne Kapitalismus ist zum Finanzkapitalismus geworden. Die

Banken, als Sammelbecken des Kapitals, sind zur Grundlage gesellschaftlicher Herrschaftsstellungen aufgerückt. Dass ihre Funktionen längst über den privatwirtschaftlichen Rahmen hinausgewachsen sind, hat sich gerade in der Kreditkrise der Gegenwart, in der der Staat in Deutschland und in anderen Ländern das Risiko für verkrachende Banken übernehmen musste, mit aller Deutlichkeit gezeigt. Deshalb wird die Forderung der Verstaatlichung der Banken und sonstigen Kreditinstitute erhoben. Bei dieser Forderung aber handelt es sich nicht nur um eine Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen, sondern es handelt sich daneben und darüber hinaus um die Aufgabe, durch planmässige Verteilung der Kredite, durch planmässige Lenkung des Kapitalstroms den Weg aus der chaotischen zur planvoll geführten und deshalb von Krisenstürmen befreiter Entwicklung der Produktivkräfte der Gesamtwirtschaft zu bahnen.

Der gleiche Grundgedanke der Stellung des Staates als Vertreters der Gesamtheit über die Machtpositionen einzelner privilegierter gesellschaftlicher Gruppen begegnet uns in den Richtlinien auch in der Forderung der Ueberführung des Grossgrundigentums in Gemeinbesitz und seiner Umwandlung in Bauernland oder in genossenschaftlich bewirtschaftete Grossbetriebe. Schliesslich wird die Forderung erhoben, alle Ansätze zur Planwirtschaft und alle Ansätze zur Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand zum zielbewussten Umbau der Wirtschaft schon heute zusammenzufassen und zu ihrer Leitung eine zentrale Planstelle auszubauen.

Selbstverständlich bedeutet die tragende Rolle, die dem Staate beim Umbau der Wirtschaft zugewiesen werden muss, kein Bekenntnis zu den schlechten Formen der Bürokratisierung, wie sie die Vergangenheit manchmal gezeitigt hat. Deshalb stellen die Gewerkschaften auch in ihren Richtlinien die alte Forderung wieder in den Vordergrund, dass Hand in Hand mit dem Ausbau der Planwirtschaft die Demokratisierung der Wirtschaft gehen muss. Die Herrschaft von Sonderinteressen ist mit dem Aufbau einer Gemeinwirtschaft nicht vereinbar. Durch Demokratisierung, durch die Teilnahme der berufenen Vertreter der Arbeiterschaft an allen öffentlichen Einrichtungen und allen Organen der Planwirtschaft gilt es, mit dem Umbau zum Sozialismus auch die Selbstbestimmung des Volkes in seinem Arbeitsprozess zu verwirklichen. Die Gewerkschaften haben mit diesen Richtlinien, die im richtigen Augenblick entscheidender Kämpfe der Arbeiterklasse um die Zukunft erschienen sind, nicht nur für sich selbst, sondern zugleich für die Sozialdemokratie und für alle verbündeten Organisationen der Eisernen Front deutlich die Pfeile gezeigt, die aus der Not der Gegenwart in die Wirtschaft der Zukunft führen.

Kampf der Krise und Kampf für den Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft! Das sind die sozialen und wirtschaftlichen Parolen, die sich mit der politischen Parole: Kampf für Freiheit und Demokratie! vereinen. In diesem Zeichen ist die Schlacht zu schlagen. Die breiten Massen des deutschen Volkes müssen in diesem Zeichen siegen gegen politische und soziale Reaktion, gegen kapitalistische Misswirtschaft und Ausbeutung, gegen Papen, Schleicher und Hitler!

SPD. München, 23. Juni (Eig. Drahtb.)

Die bayerische Regierung wird sich am Freitag in einem Ministerrat mit dem Ultimatum der Schleicher-Regierung beschäftigen. Der grundsätzliche Inhalt ihrer Antwort steht heute schon fest. Sie wird ohne Umschweife und mit aller Klarheit offen erklären, dass Bayern nicht in der Lage ist, der Reichsregierung auf ihrem falschen politischen Weg zu folgen und dem Verlangen nach Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbots Rechnung zu tragen.

Diese ablehnende Haltung, die mit ausführlichen rechtlichen Gründen belegt sein wird, gründet sich auf folgende Auffassungen: Die bayerische Regierung ist sich vollkommen darüber klar, dass für Bayern schwerste Gefahr im

Verzuge ist und dass seit 1918 keine bayerische Staatsregierung in einer ähnlich besorgniserregenden Situation sich befunden hat. Sie erblickt aber in der Forderung der Reichsregierung die unmögliche Zumutung nicht nur den einwandfreien und nicht bestreitbaren Rechtsstandpunkt preiszugeben, sondern auch eine als durchaus falsch und geradezu als verhängnisvoll empfundene Haltung der Reichsregierung gutzuheissen. Sich dieser Zumutung zu beugen würde für Bayern und seine Regierung die Selbstaufgabe bedeuten und auf einen Verrat an der Sache Bayerns und seiner Zukunft hinauslaufen.

SPD. In ihrer Lügenmethode versucht die Nazipresse aus der Tagung des Hauptausschusses des Preussischen Landtags Kapital für sich und gegen die Sozialdemokratie zu schlagen. Die Schildknappen der Regierung für Junker und Schwerindustrielle versuchen sich vor den Wählern ein Alibi zu verschaffen, indem sie sich in uferlosen Agitationsanträgen ergehen, um die arbeiterfreundliche Maske zu wahren. Anträge, ohne Sinn und ohne Zweck, von denen diese Volksbetrüger oh voraus wissen, dass sie, genau wie in Hessen und in anderen Landesteilen, nie durchgeführt, oder gegen das Reichsgericht verstossen, und deshalb niemals zur Durchführung gelangen können. Die Nazi-Demagogen und Volksvergaser im Preussischen Landtag wissen es genau. Schadet nichts. Die Reichstagswahlen sind nahe, die Unterstützung der Regierung Papen-Schleicher liegt ihnen im Magen, und um es zu vertuschen, brauchen die Soldknechte der Thyssen, Lahusen und der Grossagrarien, die Träger der Notverordnungsjacken, Agitations- und Verdummungsmaterial.

Das beste Beispiel hierfür gibt die gegenwärtige Tagung des preussischen Landtages und gibt vor allem der "Angriff", die Berliner Nazi-Dreckschleuder. Im Hauptausschuss des Landtages hatten z.B. die Kommunisten einen Antrag eingebracht, der alles Einkommen über 12 000 Mark konfiszieren wollte. Dieser Antrag wurde angenommen, weil sich die Nazis der Stimme enthalten haben. Hätten sie dafür gestimmt, so wären wahrscheinlich Herr Thyssen wie auch Herr Hitler sehr unghädig gegen die Nazifraktion geworden. Dagegen zu stimmen, ging auch nicht gut, denn die Herren reisen ja im Lande herum und binden dort die antikapitalistische Maske vor.

Was tun? Sie stimmen nicht dafür und befriedigen dadurch ihre kapitalistischen Auftraggeber. Sie stimmen nicht dagegen, und können sich damit vor den Arbeitern brüsten. Es kommt eben ganz darauf an, welches Publikum sie haben um je nach Bedarf den richtigen Mantel herauszuhängen.

Am nächsten Tag kommt im gleichen Ausschuss ein Nazi-Antrag: Privateinkommen über 100 000 Mark sollen einer Sondersteuer unterworfen werden. Tags vorher wird durch die Stimmenthaltung der Nazis beschlossen: es gibt keine Einkommen mehr über 12 000 Mark. Was mehr ist, wird konfisziert. Trotzdem folgt der Nazi-Antrag der Sonderbesteuerung: der Einkommen über 100 000 Mark! Kasperletheater, das kein vernünftiger Mensch mitmachen kann, weil ihm die Not des Volkes zu ernst ist, als dass damit Possen getrieben werden können. Und nichts anderes treiben die Herren im Parlament und in ihrer Presse.

Am Donnerstag meldet das Berliner Nazi-Blatt in Balkenschrift über die ganze erste Seite, rot unterstrichen: "Nationalsozialisten fordern: Aufhebung der Notverordnung" - selbstverständlich Aufhebung der Notverordnung ihres Herrn Papen. Nanu! Gegen Papen und gegen die Notverordnungsjacken? Gemach! In dem darunter stehenden Telegramm, wird aus Hamburg gemeldet, die dortige Stadtverordnetenfraktion der Nazis fordere von der Bürgerschaft die Aufhebung der Notverordnung; in Hamburg, wo die Herren in einer hoffnungslosen Minderheit sind, selbst mit den Kommunisten. In Hamburg kostet es nichts. In Berlin, im preussischen Landtag z.B., haben Nazis und KPD die Mehrheit. In Oldenburg, in Anhalt, in Mecklenburg, von dort wird im "Angriff" nichts gemeldet. In

allen diesen drei Ländern haben aber die Nazis allein für sich die Majorität. Dort brauchen sie nur zu beantragen, und alles ist angenommen. Sie können es sogar durchführen. Behüte, wie sollte man! Herr Papen ist Reichskanzler von Hitlers Gnaden. Ohne und gegen die Nazis kann das Kabinett der Barone keine Stunde länger am Ruder bleiben. Und so zeigt sich auch in dieser Meldung des "Angriff" und in dem Hamburger Amt-rag, dass diese Nazis nichts anderes sind, als widerliche Heuchler und gemeine Volksbetrüger!

SPD. Paris, 23. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes Jouhaux nahm am Donnerstag auf dem Kongress des Nationalverbandes der Eisenbahnergewerkschaften, der gegenwärtig in Paris tagt, folgendermassen zu der Abrüstungsbotschaft Hoovers Stellung:

"Präsident Hoover hat von neuem einen grossen Stein in die Abrüstungsdebatte geworfen. Wir müssen jetzt mit den unnützen Reden Schluss machen und entschlossen den Weg greifbarer Lösungen beschreiten. Die Militärlasten müssen verringert werden. Werden wir zeigen, dass wir gegen die Abrüstung sind? Wenn die Vereinigten Staaten noch nicht in die Streichung der Kriegsschulden einwilligen, so geschieht das weil wir unser Geld für neue Rüstungen ausgeben. Die Botschaft Hoovers ist eine Plattform, die eine Diskussion verlangt. Wenn man sie nicht vollkommen annehmen kann, so kann man sie mit den französischen Thesen vervollständigen vor allem in bezug auf die Internationalisierung der Handelsluftschiffahrt. Wir sind für die Sicherheit. Diese beruht in der Verringerung der Rüstungen und in der Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Nichts Ernsthaftes und nichts Positives kann in dieser Frage ausserhalb der internationalen Lösungen getan werden."

Der Kongress nahm die Erklärungen Jouhaux' mit grossem Beifall auf.

SPD. Der Preussische Staatsrat hat am Donnerstag mit 42 gegen 25 Stimmen beschlossen, gegen das vom Landtag angenommene Amnestiegesetz für Vergehen aus wirtschaftlicher Not Einspruch einzulegen. Infolge dieses Einspruches muss jetzt der Landtag das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit verabschieden.

Die Begründung für den Einspruch geht auf folgende Stellungnahme des Verfassungsausschusses des Staatsrats zurück: Das Gesetz trägt die Ueberschrift "Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit". Wie die verschiedenen, dem Landtag vorliegenden Anträge erkennen lassen, wird unter Straffreiheit sowohl Straferlass rechtskräftig erkannter Strafen, wie die Einstellung anhängiger Strafverfahren und Nichtverfolgung begangener Straftaten verstanden. Dagegen soll nach § 1 des Gesetzes nur Straferlass gewährt werden; es ist also anscheinend nur an Begnadigung, nicht an eine Niederschlagung von Strafverfahren gedacht.....

Infolge des Einspruchs des Staatsrats wird sich der Landtag am Freitag nochmals mit dem Amnestiegesetz befassen. Seine Verabschiedung ist nach dem Einspruch des Staatsrats nur mit Zweidrittelmehrheit möglich, die wiederum nur zu erreichen ist, wenn sich die radikalen Fraktionen zu wesentlichen Änderungen des Gesetzes bereitfinden und dadurch für die anderen Fraktionen die Möglichkeit der Zustimmung schaffen.

SPD. Stuttgart, 23. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Württembergischen Landtag, der am Mittwoch nachmittag zu einer neuen Sitzung zusammentrat, kam es bald nach der Eröffnung der Sitzung zu einem Krach.

Die 23 nationalsozialistischen Abgeordneten waren demonstrativ in Uniform erschienen. Die Mehrheit der Abgeordneten empfand diesen Auftritt als Provokation. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Abgeordneter Bock, meldete sich sofort zur Geschäftsordnung, gab seiner Empörung Ausdruck und beantragte, da die Parteien nicht gewillt seien die Nazi-Provokation hinzunehmen, die Sitzung auf Freitag zu vertagen. Darüber geriet der nationalsozialistische Landtagspräsident Mergenthaler in masslose Aufregung. Er wollte zunächst den Zentrumsführer am Weitersprechen hindern, da er die Begründung des Vertagungsantrages nicht als berechtigt anerkennen könne. Ueber diesen Versuch, die Redefreiheit zu beschränken, entstand ein grosser Tumult. Nazis und Kozis beschimpften sich gegenseitig. Die Erregung des Hauses steigerte sich, als der Nationalsozialist Murr erklärte, dass sich seine Partei über ihre Kleidung keine Vorwürfe machen lasse und sich die anderen Parteien noch an ganz andere Dinge würden gewöhnen müssen. Die anderen Parteien trügen ja auch eine Uniform, die der politischen Naivität.

Als sich der Lärm gelegt hatte, musste der Präsident abstimmen lassen. Der Antrag auf Vertagung wurde mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Damit war die Sitzung geschlossen ehe überhaupt in die Tagesordnung eingetreten worden war. Die Nazis zogen, sichtlich enttäuscht über das Misslingen ihrer Demonstration, aus dem Saal.

SPD. Die Kreisgruppe der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen "Kyffhäuserbund" Northeim hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion um Auskunft über die Haltung der Sozialdemokratie zur zukünftigen Kriegerversorgung und Fürsorge gebeten. Das Sekretariat der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat auf diese Anfrage folgende Antwort erteilt :

Die Sozialdemokratische Partei hat es stets als ihre Aufgabe betrachtet, das Los der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, die ein so grosses Opfer für Staat und Volk gebracht haben, zu erleichtern und zu verbessern. Wir dürfen darauf aufmerksam machen, dass die Entwicklung der Rentenfürsorge und der sozialen Fürsorge, sowie die Rechtsansprüche, die den Kriegsoffizieren für die Geltendmachung ihrer Ansprüche nach der Staatsumwälzung gegeben worden sind, in erster Linie auf die parlamentarische Arbeit der Sozialdemokratie zurückgeführt werden können. Da die Sozialdemokratie weder in einem der Reichstage der Republik noch in einer der Reichsregierungen, an denen sie beteiligt war, die Mehrheit gehabt hat, war es ihr selbstverständlich unmöglich, die gesamte Versorgungs- und Fürsorgegesetzgebung ausschliesslich nach ihrem Willen zu formen. Es darf aber festgestellt werden, dass die grosse Masse der Kriegsoffiziere den Wert und den sozialen Inhalt der von der Sozialdemokratie beeinflussten Versorgungsgesetzgebung der Nachkriegszeit, die als ein Bestandteil des sogenannten Wohlfahrtsstaates jetzt von den Kreisen, die die Regierung von Papen stützen, so heftig angefeindet wird, sehr wohl erkannt hat. Das geht aus den heftigen Protesten hervor, die aus den Kreisen der Kriegsoffiziere mit Recht gegen die schweren Einbrüche in ihr Versorgungsrecht, wie sie namentlich auch jetzt wieder durch die Notverordnung der Regierung Papen erfolgten, erhoben worden sind. Die Sozialdemokratie hat sich zu keiner Zeit mit dieser Notverordnungs politik abgefunden. Sie wird daher, ganz gleich, ob sie die Macht im Reiche erhält, ob sie an ihr beteiligt ist oder nicht, ihren Einfluss in erster Linie in der Richtung einer Wiederherstellung des Rechtszustandes geltend machen, wie er vor Erlass der Notverordnungen bestand.

Die Sozialdemokratie ist nicht gewohnt, mit leeren Versprechungen vor ihre Wähler zu treten; sie hält es daher für ihre Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, dass die Durchsetzung ihres Willens davon abhängt, dass es gelingt, die politischen Voraussetzungen für die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise zu schaffen. Nur in diesem Falle wird eine Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands bis zu dem Grade möglich sein, der eine völlige Wiedergutmachung des an den Kriegsoptionen vollzogenen Unrechts und eine weitere Ausgestaltung von Versorgung und Fürsorge im Sinne ihrer Wünsche sichert. Zu diesen Voraussetzungen gehört eine im Wege der Verständigung und friedlichen Zusammenarbeit herbeigeführte Befreiung der Völker von allen unproduktiven Ausgaben, zu denen in erster Linie die Reparationen, die politischen Schulden und der masslos überhöhte Rüstungsaufwand zählen. Diesem Gesamtziel dient der Kampf der Sozialdemokratischen Partei, von dessen Erfolg auch das Los der Kriegsoptionen abhängt."

SPD. Bochum, 23. Juni (Eig. Drahtb.)

In Bochum, dem Sitz der nationalsozialistischen Gauzentrale des Ruhrgebiets herrscht seit dem Tage der Aufhebung des SA- und SS-Verbotes rücksichtslosester brauner Terror. Das Strassenbild wird von den aus der gesamten Umgebung der Stadt systematisch zusammengezogenen SA- und SS-Horden beherrscht. Fast stündlich ereignen sich Zusammenstöße mit politisch Andersdenkenden, hauptsächlich Kommunisten, wobei die Nationalsozialisten planmässig handeln, indem sie durch persönliche Anrempelungen provozieren und jede Abwehr, mag sie durch Worte oder Taten erfolgen, zum Anlass nehmen, den Gegner auf der Stelle niederzuschlagen, oder mit dem Messer unschädlich zu machen. Häufig sind auch friedliche Strassengänger die Opfer des braunen Terrors. Die Polizei befindet sich seit Tagen in höchster Alarmbereitschaft.

Das hiesige Nazi-Organ hat sich bisher nicht gescheut, die Schandtaten der braunen Totschlägerarmee noch zu glorifizieren. U.a. erscheint in dem Blatt seit Tagen ein grosses Inserat einer Waffenfabrik, die Schusswaffen in Wort und Bild empfiehlt. Es ist deshalb kein Wunder, dass der Polizei bei Verhaftungen von Nationalsozialisten zugleich immer wieder scharf geladene Schusswaffen in die Hände fallen.

SPD. Der Präsident des Preussischen Staatsrats, Oberbürgermeister Dr. Agenauer-Köln, hat dem Nazi-Präsidenten des Preussischen Landtags durch folgenden Brief eine wohlverdiente Abfuhr erteilt :

"Auf meinen Brief vom 11. Juni d.J., in dem ich Sie um nähere Mitteilungen über den Wortlaut Ihres am 10. d.M. an den Vertreter des Preussischen Ministerpräsidenten, Herrn Staatsminister Hirtsiefer, gerichteten Schreibens gebeten habe, haben Sie mir bisher eine Antwort nicht erteilt. Ich habe deshalb Herrn Minister Hirtsiefer gebeten, mir eine Abschrift Ihres Schreibens vom 10. d.M. zur Verfügung zu stellen. Daraus ersehe ich, dass Sie in diesem Schreiben tatsächlich folgende Sätze gebraucht haben:

"Die Frage der Neubildung der Regierung ist ein Akt der Legislative, deren einzig berufener Vertreter zur Zeit ich bin."

"Bei dieser Gelegenheit bitte ich Sie, mir den Aufenthalt des geschäftsführenden Ministerpräsidenten mitteilen zu wollen, da ich als der einzige legitimierte Vertreter des Dreierausschusses diesen einzuberufen beabsichtige."

Ich mache mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, dass diese Sätze, die den Staatsrat und seinen Präsidenten vollkommen ignorieren, mit der Verfas-

sung nicht in Einklang zu bringen sind. Der Staatsrat ist an der Legislative beteiligt, der Präsident des Staatsrats ist gleichberechtigtes Mitglied des in Artikel 14 der Verfassung vorgesehenen Dreimännerausschusses und kann wie jedes der Mitglieder den Zusammentritt des Ausschusses auch seinerseits verlangen.

In der Zurückweisung der von Ihnen in dem Schreiben vom 10.d.M. vertretenen irrigen Rechtsauffassung weiss ich mich mit dem gesamten Staatsrat

SPD. Bochum, 23.Juni (Eig.Drahtb.)

In Bochum-Riemke wurden in der Nacht zum Donnerstag heimkehrende Passanten in unmittelbarer Nähe einer von Republikanern bewohnten Schrebergartenkolonie aus einem Kornfeld heraus beschossen. Ein Arbeiter, Vater von drei Kindern, der keiner Partei angehört, wurde durch einen Bauchschuss schwer verletzt, ein Mann erhielt an der Seite seiner Frau einen Beckenschuss. Der Polizei gelang es bisher nicht die Täter zu fassen. Sie flüchteten auf das Gelände der Zeche Konstantin.

Ein nationalsozialistischer Ueberfall auf die Schrebergarten-Kolonie wurde gerüchtsweise schon seit Tagen angekündigt. Der Bevölkerung der umliegenden Bergarbeiterkolonien hat sich grosse Erregung bemächtigt, zumal Nationalsozialisten bereits vor mehreren Tagen nachts mit zwei Ueberfallwagen eine Kolonie besetzten und absperreten, um nach einem Kommunisten zu "fahnden".

SPD. Breslau, 23.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Polizei hat am Donnerstag als mutmasslichen Täter, der am Mittwoch abend in der Uferstrasse den Reichsbannermann Günther niedergeschossen hat, einen Nazisturmführer namens Brudny verhaftet. Brudny ist in Breslau seit langem als politischer Raufheld bekannt. Er gehörte früher dem Rotfrontkämpferbund an. Vor einigen Jahren wurde er wegen Unterschlagungen in einem Arbeitersportverein aus der KPD ausgeschlossen.

Wie die polizeilichen Nachforschungen ferner ergeben haben, wurde in der Alsenstrasse noch ein 33 jähriger Nazi namens Seidel angeschossen. Der Täter ist ein Kommunist.

SPD. Frankfurt/M., 23.Juni (Eig.Dr.)

Die Nazirowdies setzten ihre Provokationen in der Nähe der Frankfurter Universität auch am Donnerstag fort. Etwa 1000 uniformierte SA- und SS-Leute hielten die zur Universität führenden Strassen besetzt. Später versuchten sie gegen das Universitätsgebäude vorzudringen. Der Polizei gelang es jedoch, die Naziprovokateure mit dem Gummiknüppel rasch zurückzudrängen. Mehrere Nazis wurden verhaftet. Der Unterrichtsbetrieb an der Universität konnte aufrecht erhalten werden.

SPD. Breslau, 23.Juni (Eig.Drahtb.)

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Mittelschlesien, hat anlässlich der schweren blutigen Zusammenstösse, die sich am Mittwoch abend in Breslau abspielten, folgendes Telegramm an den Reichsinnenminister gerichtet :

"Tagelange allseitig verurteilte Hetze der Nationalsozialisten, verbots-

widrige Plakatierung mit der Aufforderung zu Demonstrationen und Pogrom-
hetz: "Fertig machen nach Palästina" haben in Breslau zu grauenhaften Bürger-
kriegsvorgängen geführt. Ueber 2000 Nationalsozialisten waren hier zusammengē-
zogen. Geschlossene Anmärsche, bei denen es zu blutigen Ueberfällen auf Änder-
denkende kam, erfolgten in verschiedenen Stadtteilen. Zahlreiche Schwerver-
letzte sind als Opfer zu beklagen. Für kommende Tage ist Schlimmstes zu erwar-
ten, wie Androhungen des Nationalsozialisten Heines: "Man soll die Polizei
zum Teufel jagen" beweisen. Mit aller Entschiedenheit legt Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold Verwahrung ein gegen diese Entfesselung der Bürgerkriegs-
leidenschaften. Es verlangt Geltendmachung und Durchsetzung der vorliegenden
Bestimmungen auch gegenüber unerhörtem nationalsozialistischem Terror und blu-
tiger Strassenherrschaft."

SPD. Das Berliner Nazi-Organ, der regierungsoffiziöse "Angriff", sucht
in seiner Donnerstagsnummer den Eindruck zu erwecken, dass die NSDAP der Hun-
gernetverordnung des Kabinetts der Barone gegenüber in Opposition gehen wolle.
Der regierungsoffiziöse "Angriff" hat endlich, nach einer Woche, entdeckt,
dass die auf den Schultern der Nationalsozialistischen Partei stehende Reichs-
regierung eine Hungernetverordnung gegen das Volk erlassen hat! Er heuchelt
nun Entrüstung über den Notverordnungsraub und erzählt: "Die Ärmsten müssen
wieder bluten!"

Man erinnert sich zunächst, dass eben diese Zeitung die Notverordnung se-
nen Lesern zunächst überhaupt unterschlagen und ihnen statt dessen ein Verle-
genheitsgestammel vorgesetzt hat, das deutlich genug zeigte, dass politische
Abreden zwischen der nationalsozialistischen Partei und der Reichsregierung
Schleicher-Papen bestehen. Es folgte dann einiges Gestammel in der national-
sozialistischen Presse, dass man verstehen könne, dass eine Regierung zu so-
etwas gezwungen sei. Der jetzige Versuch nun, dem volkszorn zu entgehen, und
den inneren Zusammenhang zwischen der Aufhebung des Uniformverbotes und den
nationalsozialistischen Norverordnungsjacken auf der einen Seite und dem Hun-
gerdiktat der Regierung Papen auf der anderen Seite zu vernebeln, ist der wid-
lichste und schamloseste Volksbetrug, der denkbar ist!

Wem zuliebe ist denn die Regierung Papen ins Amt getreten, wenn nicht
den Nationalsozialisten zuliebe? Wer stützt denn diese Regierung, wenn nicht
Hitler und seine Partei? Ist nicht den Nationalsozialisten zuliebe der Reichs-
tag aufgelöst worden und damit für sechzig Tage dem Volke eine Einwirkungs-
möglichkeit gegen dieses unerhörte Hungerdiktat genommen worden? Der National-
sozialist Gregor Strasser hat noch ein übriges hinzugetan, indem er sich
bisher geweigert hat, den Ueberwachungsausschuss des Reichstages einzuberufen
in dem über die Notverordnung der Regierung Papen abgeurteilt werden könnte!

Niemals hätte das Kabinett der Barone, das auf den Schultern Hitlers
steht, diese Notverordnung gewagt, wenn es etwa hätte glauben müssen, auf den
heftigen Widerspruch der Nationalsozialisten zu stossen! Die bisherige Haltung
der Nationalsozialisten hat deutlich genug gezeigt, dass zu den politischen
Abreden auch die Tolerierung gehörte. Das Agitationsgeschrei, das der regie-
rungsoffiziöse "Angriff" jetzt anstimmt, ist deshalb der grösste Schwindel des
Jahrhunderts!

Auf der Länderkonferenz hat der Reichsinnenminister, Freiherr von Gajl,
deutlich genug zu erkennen gegeben, dass politische Bindungen vorliegen, die
die Reichsregierung hindern, gegen den Willen der Nationalsozialisten gegen-
die bürgerkriegsähnlichen Zustände so vorzugehen, wie es die Mehrheit des
Volkes erwartet! Nachdem die Nationalsozialisten den Preis für dies Hunger-
diktat einkassiert haben, die Aufhebung des SA-Verbotes und die Aufhebung des
Uniformverbotes, glauben sie laut schreien zu können, um ihre Spuren zu ver-
wischen.

Wir fragen: Wenn die Nationalsozialisten behaupten, dass sie gegen diese Notverordnung und für ihre Aufhebung wären, wo bleibt dann der eindeutige Ruf: Fort mit der Regierung des Hungerdiktats! Fort mit der Regierung, die die Aermsten bluten lässt! Fort mit der Regierung Papen! Man sieht sich vergeblich nach diesem Ruf um. Hier gilt vielmehr die Anordnung des Reichspropagandaleiters Goebbels:

"Jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteien in diesem Wahlkampf zu unterbleiben."

Diese Anordnung hat die NSDAP nicht abzuleugnen gewagt!

Das Hungerdiktat und das Kabinett der Barone, sie gehören zusammen! Wer dieses Kabinett toleriert, toleriert auch seine Hungernotverordnung. Die Regierung Papen hat die Geschäfte der Nationalsozialisten besorgt. Sie hat das arbeitende Volk bedrückt und hat dafür die Notverordnungsjacken der SA. wieder auf der Strasse erscheinen lassen. Der Schwindel des regierungsoffiziösen "Angriff" wird diesen Zusammenhang im Volksbewusstsein nicht verwischen.

Wo immer die braunen Notverordnungsjacken von Hitlers SA. auftauchen, da weiss das Volk: Mit seinen Entbehrungen, mit den drückenden Lasten, die ihm das Kabinett der Barone auferlegt hat, bezahlt es die Parade der Hitleruniformen und die Terrorfreiheit von Hitlers SA.!

SPD. Paris, 23. Juni (Eig. Drahtb.)

Das "Journal des Débats" meldet aus Lausanne, dass das in deutschen Kreisen verbreitete Gerücht, nach dem die französische und deutsche Delegation darüber einig seien, eine Art Kundgebung zugunsten der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland zu veröffentlichen, jeder Grundlage entbehre.

SPD. Der am Mittwoch vom Preussischen Landtag zum 2. Vizepräsidenten gewählte Zentrumsabgeordnete Baumhoff hat die Wahl entgegen seiner anfänglichen Absicht angenommen. In einer Fraktionssitzung, die über Annahme oder Ablehnung der Wahl entscheiden sollte, entschied sich die Mehrheit für die Annahme und richtete an Baumhoff ein entsprechendes Ersuchen.

Baumhoff hat die Annahme der Wahl gegenüber dem Landtags-Präsidium in einem Schreiben begründet, in dem es heisst, dass er annehme um den Eindruck, als ob es sich bei diesem Präsidium um ein Kampfpräsidium handle, nicht noch zu verstärken. Der Charakter dieses Präsidiums wird damit nicht aus der Welt geschafft. Es besteht in seiner Mehrheit aus Faschisten und Halbfaschisten. Damit liegen seine Absichten klar zutage.

SPD. Paris, 23. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Genfer Berichterstatter der "Liberté" meldet, dass Herriot die Absicht habe, in der Generalkommission der Abrüstungskonferenz noch persönlich zu dem amerikanischen Vorschlag Stellung zu nehmen, obgleich die Antwort Paul Bondour in der Mittwochsitzung mit dem Ministerpräsidenten vereinbart gewesen sei. Herriot habe den grössten Teil der Nacht zum Donnerstag damit verbracht, seine Rede auszuarbeiten. Er soll den Wunsch haben, dass die Generalkommission möglichst bald wieder zusammentritt. Der Berichterstatter der "Liberté" will ferner wissen, dass Herriot in seiner Rede vor allem die Notwendigkeit einer internationalen Organisation der Sicherheit betonen werde, wenn die Rüstungen Frankreichs in erheblichem Masse herabgesetzt werden sollen.

SPD. München, 23. Juni (Eig. Drahtb.)

Der schwule Hauptmann Röhme, den Hitler als den Mann seines besonderen Vertrauens neuerdings wieder mit der obersten Führung seiner SA-Bürgerkriegsarmee betraut hat, hatte am 9. März dieses Jahres gegen die sozialdemokratische "Münchener Post" eine einstweilige Verfügung erwirkt, durch die es dem Blatt unter Androhung einer hohen Geldstrafe verboten ist, die bekannten homosexuellen Liebesbriefe des SA-Stabschefs zu veröffentlichen. Das Gericht gab dem Antrag statt, weil - nicht etwa die unsauberen Liebesbriefe, sondern deren Veröffentlichung "gegen die guten Sitten verstosse". Die Redaktion der "Münchener Post" legte gegen diesen Gerichtsbeschluss Beschwerde ein, aber die am Donnerstag vor dem Münchener Amtsgericht entschieden werden sollte. Es kam aber nicht dazu, da Röhme alle Hebel in Bewegung setzte, eine Verschleppung der ihm bei den heutigen Verhältnissen besonders unangenehmen Erörterung zu erreichen und in diesem edlen Bestreben die Unterstützung des Richters fand.

Röhme machte geltend, dass der Streitwert mehr als 2000 Mark sei. Demnach wäre das Amtsgericht nicht mehr zuständig und die Angelegenheit müsste vor das Landgericht. Im März, als er die Verfügung erwirkte, gab Röhme den Streitwert mit 1000 Mark an. Die Ehre des SA-Häuptlings ist demnach in einem Vierteljahre um 1000 Mark teurer geworden. Tatsächlich machte sich das Gericht die geänderte Auffassung des Herrn Röhme zu eigen, erklärte sich für unzuständig und verwies die Angelegenheit an das Landgericht. Röhme hat also die beabsichtigte Verschleppung erreicht.

In dem von der Verteidigung zur Vorbereitung des Verfahrens angefertigten Schriftsatz sind die Skandalaffären des Herrn Röhme feinsäuberlich zusammengetragen. Hier wird die ganze Gefährlichkeit des Mannes für die zahlreiche ihm unterstellte SA-Jugend aufgezeigt, ebenso aber auch die unerhörte Heuchelei der Hitlerpartei, die sich nicht geniert, einen solchen Mann an die Spitze ihrer Organisationen zu stellen. Diese Heuchelei, heisst es, werde noch dadurch unterstrichen, dass nach den Anweisungen des obersten SA-Führers geschlechtlich Abnorme vom Dienst der SA ausdrücklich ausgeschlossen seien. Es sei ein Beweis höchster Heuchelei, wenn die gleiche Organisation, die diesen Grundsatz für die Mannschaft erlasse, einen geschlechtlich Abnormen zu ihrem obersten Führer habe. Gegen Röhme hätte in den letzten Jahren nicht weniger als fünf Strafverfahren wegen widernatürlicher Unzucht geschwebt. Aus den Akten dieser Strafverfahren ergebe sich, dass Röhme ein von ihm gemietetes Zimmer für widernatürlichen Verkehr zwischen Männern namens Reif und Gramminger zur Verfügung gestellt habe, um sich an den Handlungen dieser Männer zu ergötzen, dass er seine homosexuellen Liebesbriefe an Dr. Heimsoth in Berlin geschrieben habe, dass er in Berlin mit dem männlichen Prostituierten Siegesmund ein Hotelzimmer aufgesucht habe und von Siegesmund bestohlen wurde, dass er endlich öfteren im Münchener Hauptbahnhof die Bekanntschaft von Strichjungen gesucht und gefunden habe. Es sei ein Beweis grösster politischer Unsauberkeit, einen Mann, von dem diese Tatsachen feststünden, an der Spitze einer grösstenteils aus Jugendlichen bestehenden Organisation zu belassen und es läge dringend im öffentlichen Interesse, ein derartiges Verfahren einer politischen Partei zu brandmarken. Diese Auffassung sei nicht nur die der Redakteure der "Münchener Post", sondern auch der bürgerlichen Presse, die das Verschwinden einer derartigen Persönlichkeit aus der Leitung der SA ebenfalls als ein Gebot der Sauberkeit des öffentlichen Lebens bezeichnet habe.

SPD. Lausanne, 23. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Spannung über die schwere Krise der Reparationskonferenz ist am Donnerstag auf ihrem Höhepunkt angelangt. Alles wartet auf die am Freitag stattfindende Verhandlung zwischen Herriot und der Deutschen Delegation, die wohl

über das Schicksal der Konferenz entscheiden dürfte.

Die englische Delegation teilte am Donnerstag-Nachmittag mit, die sehr nützlichen und in freundschaftlichem Geiste fortgesetzten Verhandlungen zwischen der französischen und britischen Delegation seien ausgesetzt worden, um der französischen Delegation Gelegenheit zu geben zu einer direkten Aussprache mit der deutschen Delegation. Man nimmt daher an, dass sich MacDonald und Herriot noch nicht auf einen Vorschlag einigen konnten und dies auch erst sein wird, wenn die Stellungnahme Deutschlands zu einer der noch nicht genau fixierten Verständigungsmöglichkeiten vorliegt. Nicht weniger als vier Pläne gehen bei diesen Möglichkeiten ineinander über, ohne dass einer allein als Grundlage ausreichend erscheint. Soweit sieht man heute jedoch schon klar, dass Deutschlands Plan der bedingungslosen völligen Schuldenstreichung und damit die endgültige Lösung der Reparationsfrage nicht zu verwirklichen sein wird. Wie weit man noch in Lausanne zu umfassenderen Wirtschaftsverständigungen kommen wird, lässt sich nicht überblicken. Sie spielen aber in den Plänen der Engländer und Belgier eine hervorragende Rolle und sind bestimmt, Deutschland und seinen Gläubigern eine Erholung zu bringen, die bei späteren Verhandlungen über eine Abschlusszahlung im Sinne des französischen Planes eine möglichst niedrige Bemessung sichern sollen.

Die Unterredung von Papen - Herriot am Freitag wird den Reichskanzler vor die entscheidende Frage stellen, ob er mit einem Teilresultat oder mit leeren Händen nach Hause gehen will. Da Herriot und MacDonald entschlossen sind, ein für die Weltwirtschaft erleichterndes Ergebnis zu erreichen, könnte nach einem negativen Ausgang der am Freitag zu führenden Gespräche die Fortsetzung ihrer Verhandlungen möglicherweise zu einer für Deutschland unausweichbaren englisch-französischen Abmachung führen, die von der Konferenz angenommen würde.

SPD. Dresden, 23. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Sächsische Landtag lehnte am Donnerstag mit 35 Stimmen der Sozialdemokratie und der meisten bürgerlichen Parteien den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Landtags ab. Dafür stimmten Nazis, Kommunisten und Deutschnationale.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kamen sozialdemokratische und andere Anträge gegen die Notverordnungs politik der Regierung von Papen zur Sprache. Der sozialdemokratische Abgeordnete Arndt bezeichnete im Verlauf der Debatte das Verhältnis zwischen der NSDAP und der Regierung Papen als eine morganatische Ehe. Als darauf der Nazi Studentkowski in einer heftigen Polemik die Sozialdemokratie verleumdete, kam es zu heftigen Gegenrufen der Sozialdemokraten. Der Nationalsozialist Dönicke reagierte mit einem beleidigenden Zuruf, sodass ihn Präsident Weckel aus dem Saal wies. Als er ging, rief der Nazi Lasch dem Präsidenten zu: "Das ist eine Frechheit". Infolgedessen wurde er ebenfalls hinausgewiesen. Ehe er verschwand betitelte er den Präsidenten "Sie Schurke". Weckel unterbrach sofort die Sitzung und berief den Ältestenausschuss ein. Nach dreiviertelstündiger Unterbrechung wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der Präsident teilte mit, dass Dönicke und Lasch auf weitere fünf Sitzungen ausgeschlossen seien, weil sie nicht sofort den Saal verlassen hätten. Im übrigen schlug er vor nach den Gemeinheiten der Nazis die Weiterberatung auf Dienstag zu vertagen. Gegen eine Minderheit wurde diesem Antrag stattgegeben.

SPD. Paris, 23. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Senat begann am Donnerstag nachmittag die Debatte über den Gesetzesvorschlag des Senators Martin, auf Grund dessen den französischen Frauen das aktive und passive Wahlrecht unter denselben Bedingungen wie den Männern gewährt werden soll. Um Kundgebungen von Frauenrechtlerinnen zu verhindern, wurden die Eingänge zum Senat scharf überwacht. Die Publikumstribünen waren fast ausschliesslich mit Frauen besetzt, für deren ruhiges Verhalten die Senatoren, die die Karten verteilt hatten, die Verpflichtung übernehmen mussten. Das Haus war sehr schwach besetzt. Infolgedessen wickelte sich die Debatte vollkommen ruhig ab. Vier Redner, darunter der Urheber des Vorschlags Senator Martin und der sozialistische Senator Bachelet, sprachen sich für das Frauenstimmrecht aus. Ein fünfter Redner äusserte sich gegen das Frauenstimmrecht. Die Weiterberatung erfolgt am Dienstag.

Vor Beginn der Debatte legte Justizminister Renault auf der Tribüne einen Gesetzentwurf nieder, der die Erweiterung der bürgerlichen Rechte der Frau vorsieht. Danach sollen Ehefrauen künftig berechtigt sein, ohne Einwilligung des Gatten selbständigen Handel oder ein Gewerbe auszuüben. Ferner soll die Kontrolle der Männer über den Briefwechsel der Frau abgeschafft und das Regime der Gütergemeinschaft neu geregelt werden.

SPD. Frankfurt a.M., 23. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Rektor der Frankfurter Universität hat anlässlich der Zusammenrottungen von SA-Rowdies vor der Universität einen Aufruf an die Studentenschaft erlassen, in dem es u.a. heisst:

"Fremde Elemente suchen sich in unsere friedliche Arbeit, in unseren geistigen Kampf, in dem nicht Fäuste und Waffen, sondern Kopf und Herz entscheiden dürfen, einzumischen. Einiges geschlossenes Zusammenhalten aller verantwortungsbewussten Glieder unserer Universität ist das Gebot der Stunde. Ich bedauere es, wenn die zum Schutze unserer Arbeitsruhe getroffenen Massnahmen Euch Unbequemlichkeiten schaffen, sie sind nötig, solange rohe Gewalt stärker ist als heilige Sitte.... Die Polizei hat das Recht, das Haus zu betreten. Alle Massnahmen zur Prüfung der gestrigen Vorfälle sind getroffen."

SPD. Genf, 23. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der Annahmeerklärungen für den Hoover-Vorschlag ist inzwischen auf 26 gestiegen. Da die Neutralen und zahlreiche kleine Staaten in der Mittwoch-Sitzung der Generalkommission nicht zu Wort kommen konnten, liessen sie dem Präsidenten ihre Zustimmung direkt zugehen.

Von deutscher Seite erfährt man, dass unter Wahrung des Anspruchs auf völlige Abrüstung und Gleichheit der Rechte die Durchführung des Hoover-Vorschläges als erster Schritt zur allgemeinen Abrüstung nach der von der Generalkommission beschlossenen etappenweisen Rüstungsverminderung angenommen werden könnte. In diesem Sinne will man auch die Erklärung Nadolnys in der Mittwoch-Sitzung der Generalkommission aufgefasst wissen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören am

Freitag vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

Kultur im Landtage.

SPD. Berlin, den 23. Juni (Fig. Ber.)

Die SA. marschiert, und im Lande sterben durch den von ihr inszenierten Bürgerkrieg nicht nur die Opfer. Es stirbt auch der Sinn der Gesetze und des Staates. Das Spiegelbild gibt der preussische Landtag. In ihren Notverordnungsjacken und blitzenden Uniformen sitzen in diesem Parlament die Führer dieser SA.. Zusammen mit den Kommunisten haben sie die Mehrheit. Eine Mehrheit der Anhänger der Diktatur und der Gegner der Volksvertretung, und verschwunden ist jeder Sinn und jeder Zweck des Parlaments.

Draussen die Not und das Elend - im Parlament uferlose und zwecklose Agitationsanträge, von denen die Herrschaften wissen, dass sie nie Gesetz und nie durchgeführt werden können. Was übrig bleibt, ist Kaschemme!

Unter diesen Naziabgeordneten befindet sich nicht eine einzige Frau, und das allein zeigt ihre ganze Kultur und ihre ganze Stellung zu allen modernen und sozialen Fragen. So widerwärtig es ist, darüber zu berichten, wie es heute in diesem preussischen Landtage aussieht, auf welches Niveau diese Landsknechte das Parlament gebracht haben und wofür sie die Diäten einstecken, es muss dem Volke gesagt und es müssen ihm die Kulturträger der Braunen Häuser gezeigt werden.

Sprich ein Sozialdemokrat kommt von ihnen ein Zwischenruf, sofort drohen die SA.-Stürmer: "Gleich kommen wir rüber, ihr Landesverräter!" Empört springen einige sozialdemokratische Frauen auf und rufen diesen Burschen voller Entrüstung ins Gesicht: "Wir haben unsere Söhne hingegeben, sie sind auf dem Schlachtfeld gestorben!" Es folgt die Antwort eines Nazi-Abgeordneten: "Ihr dummen Ziegen, dafür wurden sie euch ja gemacht!"

"Olle Ziege", das ist täglich der Titel, mit dem die gegnerischen Frauen des Landtags von den Kulturträgern des Dritten Reiches im Sitzungssaale bedacht werden. In diesem Gleise bewegte sich auch die Rede des Nazimannes und Oberlehrers Haupt, der am Donnerstag seine Fraktion bei der Beratung einiger Anträge zum Kultur=Staat auf der Rednertribüne vertrat. Es war ein Vorgeschmack dessen, auf welche Stufe das deutsche Volk und die deutsche Jugend herabgezogen werden sollen, wenn die Trossbuben des Herrn Hitler die Macht haben. "Die Faust, das Schwert, die Tat, die Gewalt - alles andere ist Unsinn, liberalistisches Geschwätz. Wissen, Geist, Vernunft, Bildung - dummes Zeug, darauf kommt es nicht an. Wenn wir erst fertig sind mit der Tat, dann mögen hinterher sich die Männer der Wissenschaft hinsetzen und ein paar gelehrte Bücher schreiben und nachweisen, wie alles gekommen ist. Aber erst kommen wir, die Faust, erst das Schwert!" Das ist das Lehrprinzip des Dritten Reiches, das wagt ein Jugenderzieher im Jahre 1932 von der Parlamentstribüne zu verkünden und als künftiges Ideal zu proklamieren. Ein Studienrat, der den Bürgerkrieg unter dem frenetischen Beifall seiner Fraktion als höchste sittliche Tat feiert.

Vor dieser Kulturrede waren es die sozialdemokratischen Abgeordneten Gertrud Hanna und Hedwig Wachenheim, die sich gegen die drohende Arbeitsdienstpflicht der Nazis wandten und vor allem jene Anträge vertraten, die die sozialdemokratische Fraktion im Interesse der Arbeitslosen, der Rentner und aller Notleidenden gestellt hat. "Im Gleichtakt mit der SA", ruft Frau Wachenheim, "marschiert die Notverordnung Ihrer Papenregierung, marschiert die Herabsetzung der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, für die Witwen und Waisen". Wutentbrannt begleiten die Nazihelden diese kräftige Stümpung und Entlarvung ihres Volksbetruges. Sie drängen nach vornfüllen die vordersten Gänge und Reihen, und betrachten sich diese sozialdemokratische Frau. Besonders rinz Auwi schmunzelt, und Kube muss seine dem Rasseverrat nahen Pgs abwinken, damit sie sich wieder beruhigen und auf ihre Plätze begeben.

Erwähnen wir noch, dass der sozialdemokratische Misstrauensantrag gegen den Präsidenten Kerrl abgelehnt wurde und die Abstimmung über alle anderen Anträge auf Freitag vertagt ist. Schliessen wir diesen Bericht mit einem Zwischenruf einer sozialdemokratischen Frau und Abgeordneten, die während der Szene der Nazis gegen Hedwig Wachenheim einem Nazimann entgegenrief: "Sie müssen eine schlechte Mutter gehabt haben!" In diesem einzigen aus beleidigtem und empörten Frauen- und Mutterherzen kommenden Wort erschöpft sich der Sinn der ganzen Parlamentssitzung. Die Kultur, das Gewissen, die Erziehung und die Sittlichkeit einer in der Arbeiterschaft und in der sozialistischen Arbeiterbewegung erzogenen und grossgewordenen Frau und Mutter gegen die Unkultur und die Barbaren des Herrn Hitler.

SPD. Genf, 23. Juni (Eig. Drahtb.)

Vor der für Freitag anberaumten Sitzung des 19. Komitees über den chinesisch-japanischen Konflikt hat die chinesische Delegation an den Präsidenten der Völkerbunds-Vollversammlung, Hymans, eine Note gerichtet, in der ersucht wird, das 19. Komitee sofort zu einer Entscheidung zu veranlassen, die angesichts der Anerkennung der mandschurischen Regierung durch das japanische Parlament die japanische Regierung zur Einhaltung der Ratsbeschlüsse vom September und Dezember 1931 verpflichtet. Diese Beschlüsse verpflichten beide Parteien die territoriale Unversehrtheit der beiderseitigen Gebiete nicht anzutasten.

SPD. In Berlin-Moabit kam es am Donnerstag-Nachmittag zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Schutzpolizei. Als in der Wittstocker und Berlichingenstrasse Steinsetzer das in der vorausgegangenen Nacht aufgerissene Strassenpflaster wieder instandsetzen wollten, wurden sie angegriffen. Die Polizeibeamten säuberten daraufhin mit dem Gummiknüppel die Strasse. Als die Ansammlungen im Verlauf des späten Nachmittag dann immer stärker wurden und die Menge gegen die Polizei tätlich zu werden drohte, trat ein "Wasserwerfer" mit Erfolg in Tätigkeit.

Walther Rathenau.

Zum 10. Jahrestag seiner Ermordung.

SPD. Wir vergessen ihn nicht - jetzt weniger denn je! Denn der Opfertod, den er vor zehn Jahren, am 24. Juni 1922, durch die Hand fanatisierter Mordbuben erlitt, war die Folge derselben nationalistischen, republikfeindlichen, antisemitischen Hetze, die sich damals noch auf relativ kleine Schichten des Volkes erstreckte, heute aber Millionen von Volksgenossen in einen Zustand der politischen Verblendung und Raserei versetzt hat. Die gleiche Gesinnung des Hasses und des Mordes, die einst von höchstens zehn Prozent unseres Volkes offen verherrlicht wurde, hat jetzt in den Fieberzuckungen einer noch nie dagewesenen Wirtschaftskrise grosse Teile des deutschen Volkskörpers erfaßt.

Vor zehn Jahren waren es hauptsächlich einige Tausend entwurzelte Existenzen, abgebaute Offiziere und ihr Anhang, die mit dieser Mordtat sympathisierten; jetzt gibt es Millionen solcher Existenzen, vor allem in der Mittelstandsjugend aber auch im Proletariat, die dem Geist und der Tat der Rathenau-Mörder huldigen. Der Mordfaschismus trat einst nur sporadisch auf, er war das traurige Monopol einiger kleiner, im Dunkeln wirkender Verschwörergruppen und nahm nur einige wenige Führer aufs Korn: Erzberger, Gareis, Scheidemann, Rathenau. Zehn Jahre danach darf sich eine Millionenpartei ungestraft nicht nur zu der physischen Vernichtung politischer Gegner bekennen und mit einer sich fast von Tag zu Tag steigenden Gefühlsroheit die Tötung von Menschenleben propagieren. Diese Mordpropaganda richtet sich jetzt nicht mehr allein gegen die Führer, sondern gegen alle einfachen Soldaten der Republik.

Und was das Bedenklichste ist, wogegen sich die Arbeiterschaft mit ihrer ganzen Kraft in den kommenden Wochen wehren wird, das ist, dass der Mordfaschismus nicht nur "salonfähig", sondern in den Augen des Bürgertums regierungsfähig geworden ist. Aus den höchstens 10 Prozent von 1922 sind 1932 nahezu 40 Prozent geworden und der Faschismus versucht in einer verzweifelten Anstrengung, durch eine unerhörte Steigerung des Terrors und der Hasspropaganda, das zu erobern, was ihm noch an der Mehrheit zur Errichtung seiner gewalttätigen Diktatur fehlt. Das muss und das wird am 31. Juli verhindert werden.

Was warf man Rathenau vor, weshalb musste er, von Maschinenpistolenkugeln hinterrücks durchbohrt und von Handgranatensplittern zerrissen, in der vollsten Manneskraft sterben? Der Reichsaussenminister der Regierung Wirth hatte Deutschland "verraten". Wieso, wodurch? Einmal durch das Wiesbadener Sachlieferungsabkommen mit Loucheur. Aber gerade das war eine Tat, die in den ursprünglichen Irrsinn der reinen Reparationszahlungen in Gold und Devisen einen auch für die deutsche Wirtschaft segensreichen Abschnitt eingeschaltet hatte. Zehntausender von deutschen Industriearbeitern wurde durch die deutschen Sachleistungen - die heute so bitter vermisst werden, Beschäftigung und Brot verschafft. Ferner durch den Rapallo-Vertrag mit Sowjet-Russland. Nun, vom Standpunkt der Verständigungspolitikern mochte man damals gegen diesen Vertrag, vor allem gegen den Zeitpunkt und die Art seines Abschlusses, mitten während der Konferenz von Genua, ernste Bedenken hegen. Aber Rapallo durchbrach immerhin die Isolierung Deutschlands in der Nachkriegszeit, gab ihm einen gewissen diplomatischen Rückhalt in Europa, eröffnete weite Wirtschaftsperspektiven und nicht zuletzt in Militärkreisen knüpfte man daran manche Zukunftshoffnungen, die wir zwar immer für töricht hielten und bekämpften, die aber gerade von den Nationalisten auch später sorgfältig gepflegt wurden.

Die Wahrheit ist, dass man Rathenau nur eines vorzuwerfen hatte: Er war Jude. Das genügte, um alle niedrigen Instinkte gegen ihn mobil zu machen, um die irrsinnigsten Märchen aus dem finsternen geistigen Arsenal des Antisemitismus den Analphabeten der Politik vorzusetzen. Rathenau war einer der geheimnisvollen "500 Weisen von Zion", die die Welt heimlich regierten, den Krieg

herbeigeführt, die Niederlage Deutschlands gewollt, die bolschewistische Weltrevolution erfunden hatten. So etwas wurde an den Stammtischen geraunt, in Versammlungen behauptet, in Broschüren verbreitet, in Provinzzeitungen gedruckt und, was das Schlimmste ist, sogar von Menschen, die in einem Kulturlande aufgewachsen sind, geglaubt!

Walther Rathenau war ein führender Industrieller, aber im Gegensatz zu den meisten der sogenannten Wirtschaftsführer, wirklich ein führender Kopf. Sein Streben galt nicht dem Profit seiner Person und seiner Werke, sondern er rang innerlich und öffentlich mit den grossen, letzten Dingen der Menschheit. Es gab kein Problem des Geistes, der Politik, der Wirtschaft, des sozialen Lebens mit dem er sich nicht befasste und er war ehrlich bemüht, das soziale und geistige Ringen der Arbeiterklasse zu begreifen und zu erleichtern. Das allein wurde ihm in seinen eigenen, grosskapitalistischen Kreisen als Todsünde angekreidet. Er hatte sich in den Dienst der Republik gestellt, er bemühte sich, vor allem im eigenen Wirkungsbereich, der AEG., den Wünschen der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Grund genug für die industriellen Zuhälter des Faschismus, die politische Hetze gegen ihn zu nähren.

Mit Rathenau sank einer der besten Söhne des deutschen Volkes vorzeitig ins Grab. Was er allein durch sein souveränes Sprachtalent, durch seine diplomatische Gewandtheit und durch die Autorität und Ueberlegenheit, die seine stattliche Erscheinung ausstrahlte, auf den späteren internationalen Konferenzen für Deutschlands Wiederaufstieg noch hätte erreichen können, das lässt sich nur an dem ermesen, was er in der kurzen Zeit seines Wirkens schon erreicht hatte: Die wachsende Erkenntnis der Welt für die furchtbare Lage des deutschen Volkes nach der Niederlage, für die Sinnlosigkeit und Unmöglichkeit der Reparationsdiktate. Vieles wäre Deutschland im Innern und nach Aussen erspart geblieben, wäre Rathenau nicht gemeuchelt worden.

Ein Vergleich drängt sich auf: Walther Rathenau, der Mann mit den überragenden Geistesgaben, der wirklich Grosses für sein Vaterland geleistet hätte und deshalb gemordet wurde, und Adolf Hitler, der Nichts-als-Schwätzer, der Nichts-als-Trommler, der Nichts-als-Misser. Dieser Mann, der an Verdiensten nichts anderes auszuweisen hat, als dass er Millionen von Menschen verwirrt und mit blindem Hass erfüllt hat, dessen Propaganda nichts anderes erreicht hat als eine unerhörte Steigerung des Elends und eine täglich wachsende Zahl von Blutopfern, dieser Mann ist der Götze einer Volksmasse, die nur an die Gewalt glaubt und in der feigen Ermordung Rathenaus eine "nationale" Grosstat erblickt.

Rathenau war kein Sozialist, aber ein sozial denkender Republikaner. Sein Opfertod bleibt uns ein Symbol. Im Geiste walther Rathenaus werden wir für die Republik, werden wir für Deutschland weiterkämpfen und den Ungeist Hitlers besiegen!

SPD. Breslau, 23. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Reichsbanner, Gau Mittelschlesien, hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem es heisst: "Die Voraussetzungen, unter denen die Aufhebung des SA-Verbots erfolgte, sind, wie die letzten blutigen Vorkommnisse in Breslau beweisen, nicht erfüllt worden. Im Bewusstsein der eigenen Verantwortung zur Wahrung verfassungsmässiger Staatsbürgerrechte protestiert Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit aller Entschiedenheit gegen den blutigen Terror, die dauernde Pogromhetze, die Zusammenballung von Tausenden auswärtiger SA und die unerhörte Aufputschung der Leidenschaften gegen Andersdenkende und Staatsorgane durch Versammlungsredner Heines".

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Hitlerlegalität.

SPD. Während sich die Reichsregierung bemüht, für ihre geliebte SA, in Bayern das Uniformverbot zu Fall zu bringen, beweist Hitlers SA. in Bayern kräftig ihre Legalität auf die ihr eigene Weise.

Der Staatsrat Schäffer, der der Bayerischen Volkspartei angehört, hat wegen seiner energischen Proteste gegen das Kabinett der Barone eine Unmenge von feigen anonymen Zuschriften erhalten. Eine dieser Zuschriften, die mit vielen Hakenkreuzen versehen war, lautet:

"Nanu, du oller stinkender bayerischer Galgenstrick und Hurenlump, nur keine Bange, den Inhalt kannst du man ruhig auflecken, Mahlzeit. (Dem Schreiben war Menschenkot beigelegt) Es ist dein Henkersmahl, denn in wenigen Tagen rollt im Dritten Reich dein Kopf. Euch bayerisches Gesindel werden wir es jetzt mal besorgen und man nicht zu knapp. Wehe dir, wenn du noch mit einem einzigen Wort in Berlin die angeblichen bayerischen Rechte verteidigst. Dann stirbst du noch zehnmal qualvoller als sonst. Ihr bayerisches Gesindel habt keine Rechte".

Dies ist die eine Form der Legalität. Die andere geht hervor aus einer Verlautbarung, die der Sekretär Maugg vom Bezirksamt Erding im "Erdinger Anzeiger" über einen Naziappell erliess. Sie lautet:

"NSDAP. Da infolge Reichsverordnung das SA.-Verbot nunmehr gefallen ist, findet am Sonntag, 19. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Sturmlokal in Erding der erste Appell der Schutzstaffel wieder statt. Irgendwelche verfassungswidrige Gegenmassnahmen der vorerst noch bestehenden bayerischen Regierung bleiben unberücksichtigt. Anweisungen erfolgen durch den Sturmführer."

Das ist eine offene Aufforderung, auf das Gesetz zu pfeifen und gegen das Gesetz und die rechtmässige Staatsregierung offen vorzugehen. Es ist nicht zu leugnen, dass Hitlers SA. der Kamm geschwollen ist, weil sie weiss, dass die Reichsregierung der Barone durch Abmachungen mit Hitler gebunden ist und sich bisher gegen Hitler willfährig gezeigt hat, selbst um den Preis schwerster Konflikte mit den Länderregierungen.

Diese Leute, die so offen ihre illegalen Absichten zeigen, das sind die Schosskinder und die Bundesgenossen der Reichsregierung!

Er zieht die Konsequenzen.

Ein Landwirt, namens Otto Knauth, aus Rossbach, ein Nationalsozialist, wie er im Buche steht, hatte Differenzen mit seinem Mieter. Als nationalsozialistischer Hausherr steht er auf dem Herr-im-Hause-Standpunkt und glaubt, dem Mieter befehlen zu dürfen, als ob dieser ein Rekrut sei. Der Mieter wehrte sich der nationalsozialistische Hausherr strengte die Räumungsklage an; selbstverständlich nahm er auch einen nationalsozialistischen Rechtsanwalt.

Die Sache stand für den nationalsozialistischen Hauswirt oberfaul. Da zog er die Konsequenzen aus dem, was man in seiner Partei von der Justiz des Dritten Reiches hält. Er schickte dem Amtsrichter, der in seinem Prozess tätig war, ein Schreiben des Inhalts: "Herr Amtsrichter, seid so gut und helft mir aus der Not in Sachen H." Diesem Schreiben legte er einen 20 Mark-Schein bei.

Es erfolgte Anklage, der Nationalsozialist mit dem 20 Mark-Schein wurde

belehrt, dass das Dritte Reich noch nicht angebrochen ist, und er wurde zu einem Monat Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist verurteilt. Es wurde ihm zugute gehalten, dass er von grenzenloser Dummheit sei.

Der Mann hat schliesslich nur die Konsequenzen gezogen aus dem, was seine Parteigenossen denken. Die sehen in der Justiz ein Instrument für die Zwecke des Nationalsozialismus und er in seiner grenzenlosen Dummheit hat gemeint, dass dies gleichbedeutend sei mit Vertretung der Interessen eines Hauspaschas gegen einen Ritter und das wollte er sich 20 Mark kosten lassen! Der Mann passt ausgezeichnet zu den Nationalsozialisten.

Gottlosenverordnung her.

Wir haben eine Schrift entdeckt, auf die unverzüglich die Notverordnung zur Bekämpfung der Gottlosenbewegung angewandt werden muss. In dieser Schrift befindet sich die folgende Verhöhnung des Christentums.

"Ein altes metaphysisches Märchen voller Wundergeschichten, Widersprüchen und Widersinn, aus der glühenden Einbildungskraft des Orients entsprungen, hat sich über Europa verbreitet. Schwärmer haben es ins Volk getragen, Ehrgeizige haben sich zum Schein davon überzeugen lassen, Einfältige es geglaubt, und das Antlitz der Welt ist durch diesen Glauben verändert worden. Die heiligen Quacksalber, die diese Ware feilboten, haben sich zu Ansehen gebracht, sie sind Herrscher geworden, ja, es gab eine Zeit, wo sie Europa durch ihr Machtwort regierten. In ihrem Hirn entstand jener Priesterhochmut und jene Herrschsucht, die allen geistlichen Sekten zueigen ist, wie auch ihr Name laute."

Da wir annehmen, dass gleiches Recht für alle gilt, sehen wir voraus, dass diese Schrift nun auf den Index der verpönten Gottlosenprodukte kommen wird. Angesichts ihres Verfassers wird das zwar den Herren Rechtsradikalen etwas peinlich sein. Die zitierten Sätze stammen nämlich aus dem politischen Testament Friedrich des Grossen vom Jahre 1768.

Spiel mit dem Feuer.

In Ostpreussen wird eine sogenannte Luftschutzwoche veranstaltet. Im Rahmen dieser Luftschutzwoche hat man in Königsberg eine eigentümliche Massnahme vorgenommen. Man stellte Maschinengewehre auf, und zwar ausgerechnet am Arbeitsamt! Es ist selbstverständlich, dass in dieser Zeit der höchsten Spannung, in der die Erbitterung der Erwerbslosen infolge des Unterstützungsraubs durch das Kabinett der Barone auf das höchste gestiegen ist, sich der Arbeitslosen höchste Empörung bemächtigt hat. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich das Gerücht, dass Maschinengewehre aufgestellt worden seien, um gegen die Erwerbslosen verwandt zu werden, wenn sie gegen die Kürzungen ihrer Bezüge protestieren sollten.

Diese unglaublich kurzsichtige Massnahme, die von absoluter Unkenntnis der Stimmung in der Bevölkerung zeugt, ist typisch für die Art und Weise, wie unter dem Kabinett der Barone in Deutschland regiert wird! Man spielt mit dem Feuer im Grossen wie im Kleinen!

Aus aller Welt

gentlemen untereinander....

Devaheim=Schweigegelder und Korruptionsbesuche.- Die 700 000 Mark des Generaldirektors Jeppel. - Der "Industrie=Kurier" und seine "Geschäftsprinzipien". Pastor Cremer, das Verhängnis von Devaheim.

SPD. In dem Skandalprozess gegen den deutschnationalen Luxuspastor Cremer und seine Komplizen wurde am Donnerstag das sehr interessante Thema der Schweigegelder behandelt. Generaldirektor Jeppel hatte stets eine offene Hand für Dinge der Korruption; er selbst hat im bisherigen Verlauf des Devaheim=Prozesses mit einem Anflug von Stolz erklärt, dass er insgesamt 700 000 Mark Schweigegelder ausgezahlt habe. Am Donnerstag wurde zuerst der Redakteur des "Industrie=Kurier", Dr. Spicker vernommen, der nach der Anklage 40 000 Mark für Verschweigen von Belastungsmaterial erhalten hat, das den Devaheim=Sumpf zum Gegenstand hatte.

+

Der Redakteur des "Industrie=Kurier" erklärte, dass sein Blatt bestimmtes Devaheim=Material in die Hand bekommen habe. Er betonte jedoch, dass das Geld nicht für das Verschweigen, sondern für das Erscheinen bestimmter Artikel gezahlt worden sei. Eines Tages, so bekundete der Zeuge, sei Herr Jeppel im Büro der Zeitschrift erschienen und habe sogleich etwas von Geld "gebrabbelt". Dr. Ehrlich, der Herausgeber des "Industrie=Kurier" habe den Gast zuerst hinausgeschmissen. Später sei er jedoch wieder gekommen und habe erzählt, dass er alles als wahr unterstellen wolle, was in dem vorliegenden Material über ihn gesagt werde. Er sei jedoch nicht so schuldig, wie man vielleicht annehmen könnte, denn er habe hauptsächlich unter dem Zwang von Pastor Cremer gehandelt, der für die ganze Miswirtschaft verantwortlich sei und völlig selbstherrlich im Zentralausschuss regiere. Uebrigens sei ihm, so erklärte Dr. Spicker schon bekannt gewesen, dass innerhalb des Konzerns alles vor Cremer stehen müsse. Schliesslich habe Jeppel versichert, dass der Kern des Konzerns gesund sei. Nur müsse der geradezu verhängnisvolle Einfluss Cremers radikal ausgeschaltet werden. Dabei solle der "Industrie=Kurier" mithelfen.

+

Als der Staatsanwalt sarkastisch fragte, was diese Arbeit denn gekostet habe, sagte der Zeuge ausweichend, dass er keine Geldverhandlungen geführt habe. Unter allgemeiner Bewegung behauptete dann Dr. Spicker, dass Jeppel, nachdem er dem "Industrie=Kurier" noch Enthüllungsmaterial gegeben habe, die Artikel zum Teil mitdiktirt habe. Als sich nun auch der Vorsitzende nach dem Honorar für diese Arbeit erkundigte, bequeme sich der Zeuge, auszusagen. "Dem Blatt sind 30 000 Mark in Aussicht gestellt worden. Gezahlt wurden allerdings nur 22 000 Mark, aber nicht an mich, denn ich war ja nur Angestellter." - "Wurde denn nicht auch Geld dafür gezahlt, dass bestimmte Sachen totgeschwiegen wurden?" - "Nein, die 22 000 Mark, die wir erhalten haben, galten dem Kampf gegen Cremer und den Zentralausschuss". - "War das nicht ein etwas hohes Honorar für diese Arbeit?" meinte der Vorsitzende. Dr. Spicker: "Der "Industrie=Kurier" hätte möglicherweise erhebliche Ausgaben für zusätzliches Material gehabt". Als ein Verteidiger die Frage stellte, ob es denn nicht üblich sei, dass man die Artikel honoriere, anstatt sie, wie hier, noch zu bezahlen, erklärte der Zeuge: "Sie scheinen die Gepflogenheiten der einschlägigen Presse nicht zu kennen, Herr Rechtsanwalt. Der Herausgeber des "Industrie=Kurier" hat

schon ganz andere Gelder bekommen als die 22 000 Mark. So z.B. für die Bearbeitung von Zinkzollfragen und für Artikel über Kohlenbeförderung. Dazu hat man nämlich Ideen nötig!" (Allgemeine Heiterkeit.)

Dann wurde ein Entschuldungsvertrag über 400 000 Mark erörtert, den Jeppel dem "Industrie-Kurier" als Bürgschaft geben wollte. Der Zeuge berichtete darüber, dass sein Blatt nach Entfernung des Pastors Cremer für den Devaheim-Konzern durch ein "Wirtschaftsbuch der Hausfrau" Propaganda machen sollte. Hierfür waren 400 000 Mark ausgeworfen worden. Dr. Ehrlich, der Herausgeber des "Industrie-Kurier", verlangte erst einen Notariatsvertrag darüber, Jeppel erklärte jedoch, dass der "Industrie-Kurier" aus Gründen der Kostenersparnis als Bürgschaft einen Entschuldungsvertrag bekommen solle. Vors.: "Aus welchen Mitteln sollte das gegeben werden?" - "Aus den Mitteln des Devaheim-Konzerns!" (!) Jeppel selbst gab eine andere Darstellung der Dinge und sagte aus, dass man ihm bei seinem Besuch auf dem "Industrie-Kurier" sofort 400 000 Mark abverlangt habe. Die Herren hätten erklärt, dass das vorhandene Material mehr als eine Million wert sei. Schliesslich habe Dr. Spicker vermittelt und man habe sich dann auf 40 000 Mark geeinigt. Dr. Spicker habe auch erklärt, man müsse "leben und leben lassen". Jeppel behauptete schliesslich, dass das Geld für das Unterbleiben von Veröffentlichungen gezahlt worden sei.

Der Herausgeber des "Industrie-Kurier", Dr. Ehrlich, erklärt, dass er schon im Februar 1931 eine Menge Material und wertvolle Informationen über haarsträubende Misstände bei Devaheim und Zentralausschuss in die Hand bekommen habe. Dieses Material hätte vor allem Pastor Cremer, seinen Schwager und seine Söhne betroffen und krass offenbart, wie die genannten Herren die Wohlfahrtsorganisationen ausbeuteten. Während Pastor Cremer einen Brief, den er in dieser Sache "loyalerweise" an ihn geschrieben habe, mit Klagedrohungen beantwortet hätte, sei Jeppel im Büro erschienen und habe sogleich von "Zusammenarbeiten" und "Zusammenschmeissen" gesprochen. Als der Zeuge verschiedene Formulierungen, die Dr. Spicker gebraucht hatte, wiederholte, machte ihn der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass sich seine Aussage auffallend wörtlich mit der seines Redakteurs decke. Der Zeuge wusste auf diesen Vorwurf nichts Einleuchtendes zu erwidern.

Leichenfund. Als am Donnerstag vormittag Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei in Essen in einem Hause der Seibertstrasse eine Waffensuche veranstalteten, stiessen sie in einem ausgemauerten Kellerloch unter Gerümpel und Schutt auf die mumifizierte Leiche eines etwa sechsjährigen Knaben. Ermittlungen ergaben, dass es sich um die Leiche eines im Februar 1930 auf rätselhafte Weise verschwundenen Kindes namens Günther Kosten handelt. Die Mordkommission hat die weiteren Ermittlungen aufgenommen.

Millionen auf dem Meeresgrund. Die seit langem an dem während des Weltkrieges auf der Höhe von Brest gesunkenen Dampfer "Egypt" betriebenen Bergungsarbeiten haben jetzt zum Erfolg geführt. Italienische Taucher konnten etwa 30 Goldbarren und grosse Mengen englischer Goldstücke bergen, die insgesamt einen Wert von rund 20 Millionen Francs repräsentieren.

Erdrutsch. In Mühlheim an der Mosel ereignete sich in der Donnerstag-Nacht in der Nähe der Weinstadt Bernkastel ein Erdrutsch. Zahlreiche Felder wurden bis zu 1,80 Meter verschüttet. Man nimmt an, dass durch ein Unwetter, das am Pfingstmontag niedergegangen war, der Boden von angestauten Wassermassen unterhöhlt worden ist.

Millionenschiebungen. Auf Ersuchen der Zollfahndungsstelle Berlin war am Mittwoch der frühere Grossbankprokurist Sedelmayer in Lindau am Bodensee festgenommen worden. Wie nunmehr bekannt wird, steht die Verhaftung mit einer neuen grossen Devisenschieberaffäre in Verbindung. Die Behörden sind Verschiebungen deutscher Wertpapiere aus ausländischem Besitz im Werte von mehreren Millionen Mark auf die Spur gekommen. Diese Effekten sind grösstenteils in Berlin verkauft worden, zum Teil aber auch in Süddeutschland. Weitere Haftbefehle, über die vorerst noch Stillschweigen bewahrt wird, sind erlassen worden.

+ + +
Todessturz aus dem vierten Stock. In einem Anfall von Verzweiflung stürzte sich der Kellner Erich Gründler aus dem 4. Stock des Hauses Bahnstrasse 9 in Berlin-Schöneberg auf die Strasse. Gründler war auf der Stelle tot.

+ + +
Mörderische Springflut. In Guyutlan, einem in letzter Zeit sehr bekannt gewordenen mexikanischen Badeort, hat eine gewaltige Springflut riesige Verwüstungen angerichtet. Von der Flut wurden etwa 500 Badegäste überrascht, unter ihnen zahlreiche Kinder. Sie dürften grösstenteils umgekommen sein. Bisher konnten 50 Leichen geborgen werden. Der mörderischen Flut gingen zwei Erdbeben voraus, die mit den ständigen Vulkanausbrüchen in den Cordilleren zusammenhängen. Zur gleichen Zeit, in der die Springflut Guyutlan überschwemmte, fiel ein dichter Aschenregen über Chile und Teilen von Argentinien nieder. Die Städte Mazatlan und Ciloma wurden ebenfalls von Springfluten heimgesucht und stark verwüstet. Schon in den ersten Stunden nach Ausbruch der Katastrophe wurden viele Hunderte von Vermissten gemeldet. Eine umfangreiche Hilfs- und Suchaktion hat in den betroffenen Gebieten eingesetzt.

+ + +
"Unerwünschte" Einwanderinnen. Der amerikanischen Zeitschrift "Variety" zufolge hat das amerikanische Einwanderungsamt gegen die beiden Filmkünstlerinnen Greta Garbo und Marlene Dietrich ein Ausweisungsverfahren eröffnet. Da die beiden Filmstars im Augenblick keinen Kontrakt mehr haben, will man sie mangels eines gültigen Arbeitsvertrages als "unerwünschte Einwanderinnen" abschieben.

+ + +
Dunkel um die Bertram-Expedition. Die Expedition, die die Nordwestküste Australiens nach dem verschollenen deutschen Flieger Bertram und seinem Begleiter abgesucht hat, ist erfolglos nach Wyndham zurückgekehrt. Nach dem jetzt gefundenen Logbuch ist Bertram am 15. Mai um 7.30 zum letzten Male gelandet. Die beiden Flieger haben sich dann noch etwa 9 Tage bei ihrem Flugzeug aufgehalten.

+ + +
Jubel in Miami. Der polnische Ozeanflieger Hansner kam am Donnerstag früh mit dem Schlepper "L.R.Hinoy" in Miami (Florida) an. Eine Menschenmenge von über 10 000 Personen hatte sich an der Pier versammelt und bereitete dem wie durch ein Wunder geretteten Flieger grosse Ovationen. Später fand im Olympia-Theater in Miami eine grosse Begrüssungsfeierlichkeit zu Ehren Hansners statt.

+ + +
Einbrecherkolonne gesprengt. In der Oldenburgallee in Berlin-Westend wurden am Donnerstag früh zwei Einbrecher bei einem Villeneinbruch festgenommen. Die politische Vernehmung der Verhafteten ergab, dass es sich um Mitglieder der berüchtigten "Westend-Kolonie" handelte, die seit Monaten zahlreiche Häuser zwischen Iankwitz und Westend heimgesucht und ausgeplündert hat. Bisher waren alle Bemühungen, die mit grossem Geschick arbeitende Einbrecherkolonne zu sprengen, erfolglos.

Millionengeschenke.

Die Papenregierung erlässt die Mineralölsteuer.

SPD. Die Papenregierung macht sich für die Grossindustrie gut bezahlt. Die vor zwei Jahren eingeführte Ausgleichsteuer für inländische Treibstoffe wird den inländischen Erzeugergruppen (das ist in erster Reihe der Ruhrbergbau (Benzolgewinnung) und ferner die I.G. Farbenindustrie (Leuna-Benzin) schlankweg geschenkt. Eine Informierung der Oeffentlichkeit über diese unglaubliche neue Subvention hält die Regierung nicht einmal für notwendig. Lediglich aus dem Reichsgesetzblatt erfährt man die Tatsache dieser neuen Subvention an die Gönner der Feudalregierung.

Die inländischen Treibstoffherzeuger genossen schon bisher Begünstigungen. Während jeder Liter Auslandsbenzin mit einer Zollabgabe von ca. 16 Pfennig belastet ist, beträgt die Abgabe für inländisches Benzin und Benzol nur ca. 2½ Pfennig je Liter, also noch nicht den siebenten Teil. Der Ruhrbergbau und der Chemietrust erhalten also schon bei der jetzigen Abgabegestaltung riesige Subventionen. Die I.G. hatte es obendrein verstanden, sich schon unter der Regierung Brüning vorübergehend eine Steuerbefreiung bzw. Steuersenkung zu verschaffen, die aber auf den einstimmigen Protest der Oeffentlichkeit hin am 1. April dieses Jahres wieder hinfällig wurde.

Die neue Regierung befreit nun aus dem Handgelenk heraus gleich alle inländischen Treibstoffproduzenten, also nicht nur den Chemietrust, sondern vor allem auch den Ruhrbergbau von einer ohnehin bereits viel zu niedrig angesetzten Steuer. Da aber schliesslich auch eine Baronsregierung noch nicht Steuergesetze einfach ausser Kraft setzen kann, wird die Steuer auf Grund einer unter ganz anderen Verhältnissen gegebenen Ermächtigung nur "ermässigt". Der Steuersatz von bis 3,80 Mark per Doppelzentner wird auf sage und schreibe 10 Pfennig per Doppelzentner oder 1/10 Pfennig per Liter gesenkt. Berücksichtigt man, dass der Verbrauch an inländischem Treibstoff ca. 450 000 Tonnen beträgt, so wird eine Reichssteuer, die bisher etwa 17½ Millionen im Jahr erbringen musste, glatt an die beiden industriellen Grossmächte verschenkt.

Der Steuererlass ist zunächst nur auf ein Vierteljahr ausgesprochen. Das bedeutet eine Verschleuderung von Reichsmitteln in Höhe von 4½ Millionen allein für das nächste Quartal, von denen ca. 2½ Millionen der Ruhrbergbau und mehr als 1 Million die I.G. Farben erhalten. Der Wiedereintritt von Herrn Warmbold in die Reichsregierung hat sich also nicht nur für die I.G., sondern auch für die Schwerindustrie als lohnend erwiesen. Man weiss ferner zur Genüge, dass derartige zunächst befristete Subventionen nachher zum Gewohnheitsrecht werden.

Dieses neue Millionengeschenk ist ein Skandal und eine unerhörte Provokation. Im gleichen Augenblick, in dem den Massen riesige neue Belastungen aufgebürdet und Renten und Unterstützungssätze für die Aermsten rigoros gekürzt werden, werden der Grossindustrie unter der Hand nicht zu rechtfertigende Millionengeschenke gemacht.

SPD. Auf der Tagung des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die gegenwärtig in Dresden stattfindet, hat der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun sein Agrarprogramm entwickelt. Die schlimmsten Befürchtungen werden übertroffen. Der Minister hat das vom Grafen Kalckreuth veröffentlichte Programm des Reichslandbundes, über das man selbst in grossagrarischen Kreisen seiner Uebertreibung wegen lächelte, mit Haut und Haaren geschluckt.

Das Agrarprogramm, das der Reichsernährungsminister in den nächsten Wochen und Monaten durchzuführen gedenkt, wird die Verbraucher aufs schwerste belasten. Es ist im grossen und ganzen auf die Grossagrariere abgestellt. Alles wird getan, um die Getreidepreise sinnlos hoch zu halten. Alles wird aber vermieden, was die Futtermittelpreise senken könnte. Unter dieser Politik muss besonders die Hühnerhaltung und die Schweinemästung leiden. Verbraucher und Bauern zahlen also für die Profite der Grossagrariere. Wohl hat der Minister Andeutungen gemacht, dass man z.B. den Buttermarkt, wie das beim Getreidemarkt schon geschehen ist, vom Weltmarkt lösen will. Die Massnahme hat in Deutschland den Getreidepreis in die Höhe getrieben, weil die Bevölkerung das Brot nicht entbehren kann. Bei der Butter, den Eiern, bei der Milch und den Molkeprodukten liegen die Dinge aber anders. Das sind nicht nur entbehrliche Dinge, das sind Dinge, auf die die Bevölkerung bei sinkendem Einkommen leider verzichten muss. Deshalb ist diese Massnahme nicht dazu angetan, bessere Preise für Milch, Butter usw. zu erzielen. Der Reichsernährungsminister von Braun hat in Dresden in seiner Rede gesagt: "Es kann nicht verkannt werden, dass die Preisbildung auf diesem Gebiet wesentlich durch die Kaufkraft der Bevölkerung beeinflusst wird, die bei einer Arbeitslosigkeit von 6 Millionen Menschen ausserordentlich geschwächt ist". Damit gibt der Minister zu, dass man angesichts der katastrophalen Kaufkraftlage in Deutschland durch höhere Zölle kaum auskömmliche Butter-, Milch- und Eierpreise schaffen kann. Es bleibt also dabei: das Agrarprogramm des Reichsernährungsministers liegt im Interesse der Grossagrariere, nicht im Interesse des kleinen und mittleren Landwirts, nicht im Interesse des Schweinezüchters und Geflügelhalters. Für die kommende Wahl am 31. Juli muss daraus die Konsequenz gezogen werden. Die betroffene Landwirtschaft muss zeigen, dass sie nicht gewillt ist, das Diktat des Reichslandbundes hinzunehmen. Dieses Diktat sieht nach den Ausführungen des Reichsernährungsministers in Dresden folgendes vor:

1. Die vor einiger Zeit eingeführten Zollerleichterungen für die Einfuhr von Getreide nach Deutschland werden aufgehoben. Die Massnahme kommt einem völligen Verbot der Getreideeinfuhr nach Deutschland gleich. Sie tritt bereits in nächster Woche in Kraft.

2. Der Vermahlungszwang wird schärfer gehandhabt.

3. Einführung von Exportprämien für Getreideausfuhr.

4. Einschränkung der Futtermittelleinfuhr.

5. Lombardierung und Einlagerung von Getreidevorräten aus der neuen Ernte, um das Angebot an den Märkten zu verknappen und die Preise zu treiben.

6. Höhere Zölle für Rindfleisch, Speck und Schmalz.

7. Ablösung des deutschen Marktes für Butter, Molkereiprodukte usw. vom Auslandsmarkt.

Zuguterletzt kündigte der Reichsernährungsminister neue Subventionen für die landwirtschaftlichen Genossenschaften an. Entsprechende Forderungen sind seit längerer Zeit aufgestellt worden, mit dem Hinweis darauf, dass die Kassen der landwirtschaftlichen Genossenschaften durch den Abzug von Spargeldern sehr gelitten haben. Freiherr von Braun hat auf der Dresdener Tagung klipp und klar erklärt, dass sich die Adelsregierung entschlossen habe, diesen Forderungen weitgehend nachzukommen. Insbesondere lasse man sich dabei von der

finanziellen Lage der Genossenschaften im Osten leiten. Hier aber hat gerade der Hitlerrummel der letzten Wochen zu starken Abhebungen von Spargeldern geführt. Jetzt wird die Adelsregierung mit Subventionen eingreifen, nachdem bereits Dutzende von Millionen für diesen Zweck ausgeworfen sind.

SPD. Nachdem die Regierung Papen das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Brüning preisgegeben, aber ihre platonische Sympathie für den Arbeitsbeschaffungsgedanken in ihrer Notverordnung bekundet hat, muss sie jetzt so tun, als täte sie etwas. Sie hat deshalb verlautbaren lassen, dass für 135 Millionen Mark öffentliche Arbeiten durchgeführt werden sollen. Die Finanzierung ist so gedacht, dass die Firmen, die die öffentlichen Aufträge vergeben werden, Wechsel ausstellen sollen, die letzten Endes von der Reichsbank diskontiert werden sollen. Für eine kurze Zwischenfinanzierung ist gegen diesen Weg nichts einzuwenden. Wie aber freilich die endgültige Finanzierung vorgenommen werden soll, darüber schweigt sich die offiziöse Verlautbarung aus.

Nun wird gemeldet, dass unter der Führung der Reichskreditgesellschaft und der deutschen Bau- und Bodenbank - beide Banken sind Reichsinstitute - ein Konsortium gebildet werden soll, das im Rahmen des 135 Millionenprogramm Strassenbauarbeiten in Höhe von 60 Millionen finanzieren soll und zwar auf dem erwähnten Weg der Zwischenfinanzierung über die Reichsbank. Berücksichtigt man, dass vor der Krise jährlich gegen 800 Millionen Mark für den Strassenbau insgesamt ausgegeben wurden, und dass es in diesem Jahr allerhöchstens die Hälfte sein wird (vorausgesetzt, dass die Finanznot der öffentlichen Körperschaften auch nur dies zulässt), so sind die geplanten 60 Millionen nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Auch die Zahl der Arbeiter, die auf diese Weise Beschäftigung finden kann, wird nur ganz geringfügig sein.

Die Regierung Papen ist uns also ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm noch schuldig.

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut veröffentlicht eine Sonderuntersuchung über die Entwicklungstendenzen in der Eierwirtschaft, aus der hervorgeht, dass allein der Eierexport in der Welt im Jahre 1930 = 453 000 Tonnen in einem Gesamtwert von 922 Millionen Mark betragen hat. Die Grössen in der Eierwirtschaft bewegen sich also in Milliarden.

Deutschland ist es, auch nicht in den letzten Jahren, gelungen, seinen Bedarf an Eiern selbst zu decken. An sich erscheint der Hühnerbestand in Deutschland äusserst klein. Die Hühnerbestände stellen sich z.B. für die Vereinigten Staaten auf 469 Millionen, für China auf 450 Millionen, für Russland auf 200 Millionen, für Kanada auf 62 Millionen, für Polen auf 40 - 50 Millionen, für Rumänien auf 33 Millionen, für Holland auf 25 Millionen und für Dänemark schliesslich auf 21 Millionen Stück. Demgegenüber macht der Hühnerbestand in Deutschland nur 84 Millionen und in England 53 Millionen Stück aus. Das heisst mit andern Worten: In Nordamerika entfallen beispielsweise auf zehn Einwohner 38 Hühner, in Dänemark sogar 60 Hühner, in Holland 31 Hühner, in England und Deutschland aber nur 13 Hühner. Die statistische Lage wird vom Konjunkturforschungsinstitut dahin gewertet, dass "ein Ausfuhrüberschuss an Geflügelprodukten z.B. in Dänemark und Holland un ein Einfuhrbedarf in Deutschland und England die natürliche Folge ist".

Der Wert der Eiereinfuhr nach Deutschland betrug 1913 = 173 Millionen Mark, 1929 = 280 Millionen Mark, 1930 = 228 Millionen Mark und 1931 = 170 Millionen Mark. Die Einfuhr nach England stellt sich für 1913 auf 196 Milli-

onen Mark, für 1929 = 365 Millionen Mark, für 1930 = 335 Millionen Mark und für 1931 auf 263 Millionen Mark. Hinsichtlich der Einfuhrländer haben sich seit dem Krieg bedeutende Wandlungen vollzogen. Bis zum Kriegsausbruch deckten Russland und Oesterreich etwa 80 Prozent des deutschen Eierzuschussbedarf der Rest entfiel auf Holland, Italien, Rumänien, Bulgarien und Dänemark. Nach dem Kriege hat die Einfuhr aus Holland, Dänemark und Belgien stark zugenommen.

Man fragt sich, ob es nicht angebracht gewesen sei, angesichts einer weitgehenden Verlagerung der deutschen Eierversorgung die heimische Produktion anzuspannen? Wenn sich z.B. nach dem Kriege andre Länder auf die deutsche Eierversorgung eingestellt haben, warum konnte das die deutsche Wirtschaft nicht? Die Dinge liegen so, dass auch hier Deutschland in der Verbesserung der Produktionsmethode zurückgeblieben ist. In Kanada stieg z.B. die Durchschnittslegeleistung je Henne von 78 Eiern im Jahre 1921 auf 95 Stück im Jahre 1929 und die gesamte Eierproduktion von 2 Milliarden auf 3,3 Milliarden Stück. Ähnlich hat sich die Entwicklung in Nordamerika, in Dänemark und in Holland vollzogen. Deutschland ist wie England auf diesem Gebiet äusserst rückständig und die Untersuchung des Konjunkturforschungsinstituts hat nur den Trost, "dass man in England und Deutschland zurzeit bemüht sei, den in der Kriegs- und Nachkriegszeit und in andern Ländern erzielten Vorsprung einzuholen."

Die amtliche Getreidepolitik hat den Hühnerhaltungen dieses Nachholen in den letzten Jahren keineswegs leicht gemacht. Um die ganze Tragödie, die sich in der deutschen Eierwirtschaft gegenwärtig abspielt, zu verstehen, muss man berücksichtigen, was das Konjunkturforschungsinstitut über die Eierpreisbildung sagt. Das Institut kommt in seiner Untersuchung zu dem Schluss, "dass mit Zunehmen der Sättigung der Aufnahmefähigkeit des Marktes die Eierpreise immer abhängiger von den Einkommensschwankungen der Verbraucher geworden sind." Verdient also der Verbraucher, der Mensch in der Stadt, der Arbeiter gut, dann kann er auch hohe Eierpreise bezahlen. Drückt man den Lohn des Arbeiters, - was jetzt mit Hilfe der Nationalsozialisten wieder mal geschieht - dann kann es nur schlechte Eierpreise geben. Die Kaufkraftlage in Deutschland bedingte nun in den letzten Jahren ein Abfall und eine Verschlechterung der Eierpreise. Dem hätte die amtliche Getreidepolitik Rechnung tragen müssen, indem sie für billige Futterpreise sorgte. Das tat sie aber nicht. In dem Schlussbericht des Konjunkturforschungsinstituts heisst es: "Im Vergleich zur Vorkriegszeit hat sich - auf die ganze Geflügelhaltung in der Welt bezogen - die Rentabilität der Geflügelhaltung allgemein gebessert. In Deutschland hat sich jedoch seit 1929 mit wachsender Loslösung des Getreidemarktes vom Weltmarkt die Lage der Geflügelhalter immer mehr verschlechtert. Gegenwärtig ist sie nur als katastrophal zu bezeichnen: Mehr als doppelt so hohe Preise für Futter bei Weltmarktpreisen für Eier verhindern jeden erfolgreichen Wettbewerb mit dem Ausland und beeinträchtigen die Rentabilität und den Fortschritt." Zölle können hier nicht helfen, weil der Eierpreis von der Kaufkraft abhängt. Wohl kann eine Verbilligung der sinnlos überhöhten Getreidepreise Besserung bringen.

Ueber die Aussichten in der deutschen Eierwirtschaft sagt das Institut folgendes: "Die Aussichten für Erzeugung und Absatz des deutschen Eis sind vorläufig zwar schlecht, auf lange Sicht gesehen aber nicht ungünstig."

SPD. Berliner Butterpreise vom 23. Juni. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 106, II. Qualität 96, abfallende Sorten 89 RM, Tendenz: Sehr ruhig.

Einfuhrverbot wirkt sich aus.

(Berliner Getreidebörse vom 23. Juni 1932)

SPD. Das Angebot an Brotgetreide wird immer knapper. Der Berliner Produktionsbörse lag am Donnerstag fast keinerlei Offertenmaterial an Brotgetreide aller Arten zur sofortigen und späteren Lieferung vor. Dazu kam, dass auch Angebot an ausländischem Roggen nicht mehr zur Verfügung steht. So waren alle Voraussetzungen für eine neue Preiserhöhung gegeben. Weizen zur prompten Lieferung gewann zwei Mark. Am Markte der Zeitgeschäfte wurden die Weizenpreise um etwa 1 Mark heraufgesetzt. Auch die Roggenkurse gingen im Zeithandel um 1½ bis 3 Mark in die Höhe. Nur prompter Roggen wurde unverändert notiert. Zu bemerken ist jedoch, dass zu diesen erhöhten Kursen fast keinerlei Umsätze zustande kamen; auch die Mühlen hielten sich bei ihren Käufen sehr zurück. Das Mehlgeschäft hat eine gewisse Belebung erfahren. Es zeigte sich vermehrte Nachfrage speziell nach Weizenmehl; jedoch kamen auch hier nur wenig Umsätze zustande, da die Forderungen der Mühlen vom Konsum meist nicht bewilligt wurden. Hafer hatte festere Tendenz. Das Angebot blieb klein und die Nachfrage war recht gut. Die Nachfrage nach Wintergerste hielt gleichfalls an, war jedoch weniger dringend nach den Preissteigerungen des Vortages.

	22.6.	23.6.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	252 - 254	254 - 256
Roggen	185 - 187	185 - 187
Futter- u. Industrieroggen	162 - 172	162 - 172
Hafer	157 - 161	159 - 163
Weizenmehl	30,75 - 34,75	30,75 - 34,75
Roggenmehl	25,10 - 27,10	25,10 - 27,10
Weizenkleie	9,90 - 10,50	9,90 - 10,50
Roggenkleie	10,10 - 10,50	10,10 - 10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 264½ (263½), Sept. 229 u. Geld (228½), Okt. 229½-230 (229), Dez. - bis 234 (232½), Roggen Juli 187-186½-187 (184), Sept. 182-181½ (180), Okt. 182½-182¾ Geld (181), Dez. 185½-186 (184), Hafer Juli 168½ und Geld (166½), Sept. 150½-150¼ Brief (149).

Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle am 23. Juni, RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision) ½ Weisskohl 50 kg 8 - 10, Wirsingkohl, Berliner Gärtnerware, 8 - 10, Blumenkohl je nach Grösse 100 Kopf 20 - 35, do. Suppen- 5-10, Mohrrüben junge je nach Grösse 50 kg 5 - 8, Kohlrabi Freiland gross Schock 1 - 1,20, do Freiland mittel 0,80 - 1, do Freiland klein 0,50 - 0,60, Radieschen Schockbd. 1 - 1,50, Meerrettich 50 kg 45 - 50, Petersilie grün 100 Bd 5 - 10, Salat Freiland je nach Grösse 100 Kopf 2.50 - 6, Spinat 50 kg 8 - 11, Pfefferlinge 35 - 40, Gurken Treibhaus I 100 Stück 10 - 13, do Treibhaus II 7-8, do Treibhaus III 4 -6, Spargel I gebündelt 50 kg 25 - 28, do. II gebündelt 15 -18, do. III gebündelt 7 - 10, Edel-Champignons Treibhaus weisse Ia 120 - 140, Schoten 10 - 12, Tomaten Treibhaus Ia 38-42, do. Treibhaus IIa 30-34, do. Treibhaus IIIa 20-22, Rhabarber Freiland 1.50 - 2.

Gewerkschaftliche Rundschau ✂

Der Arbeitszeitskandal.

Gute Ratschläge und schlechte Beispiele.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium hat dieser Tage der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit künftig auch die Landesarbeitsämter durch besondere Kurzarbeitsausschüsse auf die Arbeitsstreckung in den einzelnen Gewerbebezügen und -betrieben ihres Bezirks hinwirken und an den Verhandlungen dieser Ausschüsse auch die Gewerbeaufsichtsbeamten und gegebenenfalls die Schlichtungsorgane beteiligen sollen. Die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer seien aufgefordert worden, die Landesarbeitsämter durch tatkräftige Mitarbeit bei der Durchführung dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen.

Die Gewerkschaften werden dieser Anregung bestimmt nachkommen. Sie werden die Beteiligung an den neu zu bildenden Kurzarbeitsausschüssen nicht ablehnen. Im Gegenteil: sie werden dafür sorgen, dass genügend Hinweise auf Möglichkeiten zur Verkürzung der Arbeitszeit an diese Ausschüsse gelangen. Aber das alles ändert nichts daran, dass die vom Ministerium geplanten Kurzarbeitsausschüsse praktisch doch nur wenig bedeuten. Man braucht wirklich kein Prophet zu sein, um das vorauszusehen, und wird das Gefühl nicht los, dass das Reichsarbeitsministerium, weil es selbst zur Genüge den Arbeitszeitskandal kennt und sich nicht getraut, dagegen etwas zu unternehmen, mit seiner Anregung der Öffentlichkeit gegenüber den Eindruck erwecken will, als ob etwas zur Ausräumung dieses Skandals getan werde. Daher wirkt es auch uns wie ein schlechter Witz, wenn ausgerechnet die Rechtspresse nun auch noch gegen die Arbeitsstreckungspläne des Reichsarbeitsministers Krach schlägt.

Die Gewerkschaften lassen sich durch gute, aber wirkungslose Ratschläge nicht ein X für ein U vormachen. Sie bestehen nach wie vor auf gesetzlicher Verkürzung der Arbeitszeit. Wenn der Reichsarbeitsminister in der Arbeitszeitfrage wirklich etwas tun will, dann hat er Möglichkeiten dazu in Hülle und Fülle. Da ist z.B. die Deutsche Reichsbahn. Was bei ihr sich auf dem Gebiet der Arbeitszeit abspielt, ist nichts anderes als ein Skandal. Es mutet schon lange etwas eigenartig an, wenn man eine gesetzliche Kürzung der Arbeitszeit, sei es nun national oder international, auf 40 Stunden für die Privatwirtschaft in Erwägung zieht, in den staatseigenen Betrieben aber Arbeitszeiten duldet, die zu diesen Erwägungen in krassem Gegensatz stehen. Auf die Eisenbahner muss es wie blutiger Hohn wirken, wenn z.B. in Genf beim Internationalen Arbeitsamt der Vertreter der deutschen Regierung über die Vorarbeiten Deutschlands zur Einführung der 40-Stundenwoche berichtete, und dann, ohne dass die Regierung einschreitet, im grössten Unternehmen Deutschlands, bei der Deutschen Reichsbahn, Arbeitszeiten bis zu 57 und Schichtzeiten bis zu 93 Stunden im siebentägigen Zeitraum verlangt werden. Das Abkommen über die Annahme des Neuen Planes vom 20.1.1930 bietet durchaus eine Handhabe, das Reichsbahngesetz mit dem Washingtoner Abkommen in Einklang zu bringen. Unter diesen Umständen darf man doch wohl erwarten, dass nun die neue Regierung, hinter der Leute wie Herr Hitler stehen, gegenüber internationalen Abmachungen nicht noch ängstlicher ist als das "System", das ja im Reich bereits abgelöst ist.

Folgende von der Deutschen Reichsbahnhauptverwaltung aufgestellte, also amtliche Statistik vom 1.7.1929 zeigt, in welchem Masse die im Betrieb und

Verkehr beschäftigten 407 929 Bediensteten beansprucht werden. Die tatsächliche Arbeitszeit dieses Personals beträgt im siebentägigen Zeitraum in Arbeitszeitgruppen eingeteilt:

a) planmäßige Arbeitszeit					
bis 48 Std.	49-50 Std.	51-53 St.	54 Std.	55 - 57 Std.	
für 13 607	29 258	108 738	201 444	54 882	
= 3.3%	7.2%	26.7%	29.3%	13.5%	
b) planmäßige Schichtzeit					
bis 54 Std.	55-60 Std.	61-66 Std.	67-72 Std.	73-93 Std.	
für 75 108	144 693	105 926	58 224	23 978	
= 18.4%	35.4%	25.9%	14.2%	6.1 v.H.	

Fast die Hälfte des Personals hat nach der amtlichen Statistik 54 Stunden Arbeitszeit zu leisten. Für 13.5 Prozent des Personals beträgt die Arbeitszeit sogar bis zu 57 Stunden. Bei einzelnen Personalgruppen ist mehr als die Hälfte des Personals bis zu 57 Stunden beschäftigt. Im Bahnhofsdienst beträgt die Arbeitszeit für 38.8 v.H. des Personals 54 Stunden; für 22.8 v.H. beträgt die Arbeitszeit bis zu 57 Stunden. Im Betriebsmaschinendienst (ohne Lokomotivfahrdienst) haben sogar 92.5 v.H. des Personals 54 Stunden Arbeitszeit. Im Kassen- und Abfertigungsdienst (Güterverkehr) waren 80.14 v.H. des Personals 54 Stunden und 13.67 v.H. bis zu 57 Stunden beschäftigt. Im Lokomotivfahrdienst sind zwei Drittel des Personals 51 bis 53 Stunden beschäftigt; für 13.5 v.H. dieses Personals beträgt die Arbeitszeit 54 bis 57 Stunden. Im Zugbegleitdienst haben 48.5 v.H. des Personals 51 bis 53 Stunden und 31.2 v.H. 54 bis 57 Stunden Arbeitszeit zu leisten. Es ist zu beachten, dass von diesen Personalgruppen in hohem Masse die Betriebssicherheit abhängt.

Nach den Erhebungen des ADGB wurde im Februar 1930 von der Privatindustrie folgende wöchentliche Arbeitszeit (einschl. Ueberstunden) festgestellt. Von 100 Arbeitern und Arbeiterinnen waren beschäftigt:

In Kurz arbeit	unter 48 Std.	über 48	über 51	über 54 Std.
= 22.9	6.4	8.1	7.1	2.0 v.H.

Der Vergleich fällt durchaus zu Ungunsten der Reichsbahn aus. Bezeichnend für den Geist, in dem die Arbeitspolitik der Reichsbahn geführt wird, ist auch ein Vergleich zwischen der sozialen Stellung und der Arbeitszeit, bei dem die Arbeiter natürlich am schlechtesten abschneiden.

Bei einer Verkürzung der Arbeitszeit im Betriebs- und Verkehrsdienst auf 48 Stunden in der Woche würden etwa 35 000 Arbeiter sofort dauernde Beschäftigung finden. Bei einer Verkürzung um nur 3 Stunden könnten etwa 20 000 Arbeiter bei der Reichsbahn untergebracht werden. Die Mehrausgaben könnten getragen werden, denn die Reichsbahn hat vor kurzem die Gütertarife um 300 Millionen gesenkt, wovon die Allgemeinheit, genau wie früher, kaum einen Vorteil haben dürfte. Gleichzeitig wurden den Spediteuren 70 Millionen Subventionen als Aequivalent für den Schenkervertrag zugeschanzt.

Die in allen Dienstzweigen der Reichsbahn rücksichtslos durchgeführte Rationalisierung und die dauernden Leistungssteigerungen des Personals rechtfertigen eine sofortige starke Verkürzung der Arbeitszeit im Betriebs- und Verkehrsdienst. Die baldige Durchführung dieser Forderung ist eine wichtige Voraussetzung für den Kampf um die 40-Stundenwoche.

SPD. Für die mitteldeutsche Landwirtschaft wurde ein Schiedsspruch gefällt, der - bis auf Süd-Hannover - die bisherigen Spitzenlöhne bestehen lässt. In Süd-Hannover hat der Spitzenlohn eine Kürzung um 1 Pfennig pro Stunde erfahren. Die Frauen- und Jugendlichen-Löhne sind in allen Bezirken um 1 bis 2 Pfennig gekürzt worden. Dieser Spruch ist ein Erfolg der landwirtschaftlichen Arbeitnehmerver-

bände, vor allem des Deutschen Landarbeiterverbandes, denn gerade die mit-
teldeutschen landwirtschaftlichen Unternehmer gehören im Lohnabbau zu den
Ärgsten Wüterichen. Sie forderten u.a. einen Abbau der Barlöhne um 5 Prozent,
ja selbst einen Abbau des Deputates. Sie wollten die Arbeitnehmer vor vollen-
deten Tatsachen stellen und gingen daher dazu über, den Lohnabbau mit Wir-
kung vom 1. Mai ab einfach zu diktieren. Der Deutsche Landarbeiterverband ver-
fügt über Unterlagen, wonach Unternehmer gezwungen wurden, die diktierten
Abzüge vorzunehmen. Die Scharfmacher unter den mitteldeutschen Agrariern gin-
gen sogar mit dem Gedanken um, durch einen Prozess eine Ungültigkeitserklä-
rung der auf Grund der Dezember-Notverordnung ergangenen Schiedssprüche her-
beizuführen.

SPD. Die überaus langwierigen und schwierigen Verhandlungen über die Um-
gestaltung des Reichslohntarifvertrags im Malergewerbe führten dieser Tage
zur Fällung eines neuen Schiedsspruchs. Danach sollen die bis zum 30. April
in Geltung gewesenen tariflichen Stundenlöhne mit Wirkung ab 1. Juli im Rah-
men der für das Baugewerbe (Maurer) vorgenommenen Lohnregelung abgeändert
werden. Die Neuregelung soll bis zum 31. März 1933 Geltung haben. Die Partei-
en müssen über Annahme oder Ablehnung des Spruchs bis kommenden Montag
schlüssig werden. Am Dienstag, dem 5. Juli, wird das Reichstarifamt die end-
gültige Entscheidung treffen.

Der Spruch sieht keinen einheitlichen prozentualen Abbau der Löhne vor.
Sein Abbau schwankt zwischen 7 und 25 Prozent. Im Durchschnitt dürfte er
17,8 Prozent betragen. Die grossen Orte sind im allgemeinen weniger gut weg-
gekommen als die kleinen.

Die Arbeitgeber hatten bei den Verhandlungen Lohnabbauforderungen bis zu
50 Prozent gestellt. Das ist nicht verwunderlich. Die Not der Zeit gestattet
ihnen ein keckes Auftreten. Noch nicht 25 Prozent der Malergehilfen haben
Arbeit, und der neue politische Kurs ist ja ganz dazu angetan, den Provoka-
teuren Mut zu machen. Eine Verbindlicherklärung des alten Schiedsspruchs,
der einen Lohnabbau von 16 Prozent in der Mitte vorsah, war nach Bildung der
neuen Regierung ausgeschlossen. Infolgedessen musste von neuem verhandelt
werden. Trotz grösster Verständigungsbereitschaft auf Seiten der Arbeitneh-
mer kam man bei den Verhandlungen kaum einen Schritt weiter. Nur in wenigen
Fällen wurde eine Einigung über die neue Lohnhöhe erzielt. Ein Beweis, was
von dem Gerede der Arbeitgeber, die staatliche Lohnpolitik müsse hinter der
freien Vereinbarung zurücktreten, zu halten ist. Das Unternehmertum kostet
heute in den Verhandlungen seine Macht bis zur Neige aus, und es ist geradezu
ein Wunder, wenn die Gewerkschaftsvertreter bei diesen Nervenproben die Ruhe
behalten.

SPD. Die holländische Regierung erklärte in der Kammer auf eine Inter-
pellation der Sozialdemokraten in der Arbeitslosenfrage, sie wolle die
Fürsorgemassnahmen für jugendliche Arbeitslose weitgehend unterstützen.
Im Augenblick sei keine allgemeine Herabsetzung der Unterstützungssätze beab-
sichtigt. Dies werde nur im äussersten Notfall geschehen. Zinsermässigungen
für Wohnungsbauvorschüsse könnten nicht gewährt werden, dagegen sei man be-
reit, wegen der 40-Stundenwoche mit den Interessenten in Besprechungen ein-
zutreten.

SPD. Im Tarifkonflikt der graphischen Hilfsarbeiter wurde am Donnerstag in Frankfurt a.M. ein Schiedsspruch gefällt, der von beiden Parteien angenommen wurde. Der Spruch setzt den Manteltarif rückwirkend ab 1. Mai wieder in Kraft und zwar mit Aenderungen, die sinngemäss den Abänderungen entsprechen, wie sie für die Buchdrucker im Manteltarif vorgenommen worden sind. Die Löhne bleiben unverändert in Kraft. Das Prozentverhältnis gegenüber den Buchdruckerlöhnen, das die Unternehmer verschlechtern wollten, bleibt also bestehen. Die Schlichterkammer soll bis zum 16. September die Bestimmungen über die Löhne einer Nachprüfung unterziehen. Die Kündigungen werden von beiden Seiten zurückgenommen. Massregelungen dürfen nicht erfolgen; damit werden auch alle gegen die Gehilfen angekündigten Massnahmen hinfällig.

Diese Lösung des Tarifkonflikts ist ein Erfolg der graphischen Hilfsarbeiter; denn der Anschlag der Arbeitgeber auf die Verschlechterung des Lohns wurde glatt zurückgewiesen. Die Solidarität der Buchdrucker hat zu einem guten Teil den Erfolg ermöglicht. Die Quertreibereien der RGO-Leute konnten ihn erfreulicherweise nicht verhindern.

Der Ausgang auch dieses Tarifkonflikts ist ein neuer Beweis dafür, dass die Bäume der Scharfmacher bestimmt nicht in den Himmel wachsen, wenn die Arbeiterschaft geschlossen unter gewerkschaftlicher Führung in einen Kampf geht.

SPD. Die Neubildung der Selbstverwaltungskörper der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die die Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Versicherung vorgesehen hat, ist abgeschlossen. Der nunmehr neubestellte Verwaltungsrat, der statt bisher 48 nur noch 39 Beisitzer zählt, entsendet aus seinen Reihen zugleich die 15 Beisitzer des Vorstandes, sodass beide Körperschaften zusammen neben dem gemeinsamen Vorstand nur noch 39 statt bisher 63 Mitglieder zählen, die zu gleichen Teilen auf die drei Gruppen der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der öffentlichen Körperschaften entfallen.

In der ersten Sitzung des neuen Verwaltungsrates, die am Donnerstag stattfand, begrüßte der Präsident der Reichsanstalt Dr. Syrup die Mitglieder mit dem Ausdruck des Dankes für ihre Bereitwilligkeit, sich ehrenamtlich für die verantwortungsvolle Aufgabe der Reichsanstalt in dieser Notzeit zur Verfügung zu stellen. Dem neugebildeten Vorstand gehören folgende Persönlichkeiten als Beisitzer an: Dr. Erdmann (Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände), Regierungsassessor a.D. von Schwejnitz (Reichsverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen), Generalsekretär Hermann (Reichsverband deutscher Handwerker), Dr. Engel (Reichsverband des deutschen Gross- und Ueberseehandels), Verbandsdirektor Dr. Haeffner (Reichsverband der Bankleitungen), Franz Splieth und Dr. Broecker (ADGB), Fritz Schröder (Afa-Bund), Mleinck (Deutscher Gewerkschaftsbund), Maria Hellersberg (Gewerkschaftsring), für Preussen Ministerialrat Kügler, für Bayern Ministerialrat Ziegler, für Sachsen Ministerialrat Hardraht, vom Deutschen Städtetag Beigeordneter Memelsdorff und vom Deutschen Landkreistag Vizepräsident Schlüter.

SPD. Im Freiwilligen Arbeitsdienst wurden nach den Erhebungen der Reichsanstalt mit dem Stichtag des 30. April 37 967 Beschäftigte gezählt. Davon standen 20 510 im Alter von 21 Jahren und darunter. Bei Massnahmen zur Hebung der Volksgesundheit wurden 12 546, bei Bodenverbesserung 10 348, bei Siedlungsarbeit 3 984, bei Verkehrsverbesserung 6 431 und bei sonstigen Massnahmen 4 658 Arbeitsdienstwillige beschäftigt.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 47.

Berlin, den 23. Juni 1932.

Abtreibung und Geburtenbewegung.^x

SPD. Die Diskussion über den § 218 wird von seinen Verteidigern gern auf ein falsches Gleis geschoben: Es wird so dargestellt, als ob es sich um die Frage handle: "Abtreibung oder keine Abtreibung", d.h. als ob die Gegner des § 218 sich unbedingt für die Abtreibung einsetzen wollten. Dabei ist so ziemlich das Gegenteil richtig: Die Gegner des § 218, also die Gegner der Abtreibungsstrafe, sind zumeist auch Gegner der Abtreibung, die sie aber nicht durch das völlig ungeeignete Mittel der Strafe, sondern durch eine rationelle Empfängnisverhütung bekämpfen wollen. Da jedoch die Kenntnis der antikonzeptiven Mittel noch für längere Zeit als durchschnittlich sehr gering anzusehen sein dürfte, so lautet einstweilen die für die Bevölkerungspolitik entscheidende Frage um den § 218 nicht: "Abtreibung oder keine Abtreibung", sondern: "ärztliche Abtreibung oder Pfuschartort". Betrachten wir nämlich die Geburtenstatistiken der letzten Jahre und Jahrzehnte, so zeigt sich (abgesehen von dem durch den Krieg verursachten Geburtenausfall) in ganz Westeuropa eine fallende Geburtenziffer, und zwar entweder ein nur geringer Geburtenüberschuss, oder es halten sich Geburten- und Sterbeziffern die Waage, oder (wie z.B. in einzelnen Städten) es findet sich gar ein Ueberschuss an Todesfällen (also ein ausgesprochener Bevölkerungsrückgang). Wenn auch, im ganzen genommen, die Bevölkerung der einzelnen westeuropäischen Staaten noch immer zunimmt, so ist doch diese Zunahme immer geringer geworden, also die westeuropäische Bevölkerung vermehrt sich langsamer als bisher, und das Tempo ihrer Vermehrung nimmt auch weiterhin ab. Dagegen können wir im osteuropäischen Russland einen starken Geburtenüberschuss beobachten, der ständig weiter ansteigt. Noch im Jahre 1900 standen die slawischen Völker Europas hinsichtlich des Tempos ihrer Bevölkerungszunahme an zweiter Stelle hinter den germanischen Völkern; nur die Romanen vermehrten sich noch langsamer. Heute steht die slawische Bevölkerung in Europa ihrem Wachstumstempo nach weitaus an erster Stelle. Man hat ausgerechnet, dass bei gleich bleibendem Fortschreiten der Bevölkerungsbewegung in Europa am Ende dieses Jahrhunderts die Einwohnerzahl des europäischen Russland ein Mehrfaches der Einwohnerzahl des ganzen übrigen Europa betragen würde.

Für diese merkwürdige Verschiedenheit in der Bevölkerungsbewegung West- und Osteuropas lassen sich gewiss eine Reihe von Faktoren verantwortlich machen. Eines aber sollte nicht übersehen werden: die verschiedene strafrechtspolitische Einstellung zum Abtreibungsproblem. In Russland wird seit einer Reihe von Jahren nur der Pfuschartort (und dieser sehr streng) bestraft, während den Staatskliniken und besonders zugelassenen Spezialärzten der kunstgerechte Abort jederzeit gestattet ist. So wurden in Leningrad 1929 in den Staatskliniken etwa 20 000 Abtreibungen vorgenommen. Darunter waren ganze 7 Fälle mit Fieber und nicht ein einziger Todesfall.

Und wie sieht es im übrigen Europa unter dem strafrechtlichen Verbot des kunstgerechten Aborts aus? In Deutschland allein werden jedes Jahr etwa 1 Million Abtreibungen vorgenommen (die Zahl ist eher zu niedrig als zu hoch gegriffen), darunter ein ganz grosser Teil Pfuschartorte, und von dieser grossen Zahl an sich strafbarer Handlungen kommen jährlich nur 5000 bis 8000 Fälle, also weniger als 1 % (!) vor den Richter! Das Bedeutsamste aber ist, dass

auf diese Million jährlicher Abtreibungen etwa 20 000 Todesfälle entfallen (also über das Doppelte der abgeurteilten Fälle!) und weitere 50 000 bis 60 000 Fälle, in denen die Frauen dauerndes Siechtum davontragen. Unter dieser Gruppe verbirgt sich ein hoher Prozentsatz von Frauen, die ihre unsachgemäss ausgeführte Abtreibung mit Unfruchtbarkeit haben bezahlen müssen. Es schalten also von den deutschen Frauen im gebärfähigen Alter jedes Jahr rund 20 000 Frauen durch Tod und weitere 20 000 bis 30 000 Frauen durch Unfruchtbarkeit die Fortpflanzung für alle Zukunft aus. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, kann sogar die Propagierung der Empfängnisverhütung die Geburtenziffer steigern. Eine Frau, die zwei Jahre ihrer Ehe die Empfängnis verhütet hat, kann im dritten Jahre (etwa bei Gehaltsaufbesserung ihres Mannes) immer noch ein Kind bekommen und später mehr; aber wer einmal durch die "weise Frau" um seine Fruchtbarkeit gebracht wurde, kann keinem Kinde mehr das Leben schenken, auch wenn der Wunsch noch so lebendig ist und die Mittel dazu vorhanden sind. Unsere Gesetzgebung, die künstlich den Pfluschabort grosszieht, züchtet die Unfruchtbarkeit geradezu, und leider allzumeist bei den jüngsten Frauen, die die Folgen eines jugendlichen "Fehltritts" beseitigen wollten und sich dadurch um ihr späteres Mutterglück und das Volk um seine Nachkommenschaft bringen.

Daher also kommt bei uns (teilweise wenigstens) die absinkende Geburtenziffer. Und der steigende Geburtenüberschuss in Russland hat nicht zum geringsten Teile seine Ursache darin, dass durch die sachgemässe Ausführung des Abortes die Gebärfähigkeit der Frauen erhalten wird, und dass wir den natürlichen Mutterinstinkt bei unsern Kalkulationen rund um den § 218 gemeinhin gewaltig unterschätzen. Deshalb sollten die folgenden Gedankenverbindungen mehr als bisher in die breiten Volksschichten hineingetragen werden: § 218 bedeutet Pflusch abort, bedeutet massenweise Unfruchtbarkeit, bedeutet massenweise seelische Qualen unerfüllter Mutterschaft, bedeutet Geburtenrückgang. - Abschaffung des § 218 bedeutet ärztlichen Abort, bedeutet tausend- und abertausendfältige Erhaltung der Gebärfähigkeit junger Frauen und Mutterglück in den materiell günstigeren Lebensjahren, bedeutet die ständige Möglichkeit einer steigenden Geburtenziffer (soweit es die Wirtschaftslage erlaubt). Mit andern Worten: Erst nach Beseitigung des § 218 kann bewusst auslesende Bevölkerungspolitik zum Wohle der Gesamtheit betrieben werden.

Ewald Bohm.

Die alte Tschen.^x

SPD. Fang pflügte seinen Reisacker. Der alte Yack liess sich Zeit. Er konnte das, denn sein Herr hatte weder einen Stock noch aufmunternde Worte für ihn. Stumpf ging Fang hinter dem Pfluge her. Beschwerlich war ihm die Arbeit, aber er hatte niemanden, der sie für ihn verrichtete. Tse, sein Sohn, hatte seine Jugend in der grossen Stadt verludert und sollte, wie man gehört hatte, jetzt bei der Kuomingtang im Felde stehen.

Der Yack blieb stehen. Fang hatte die Hand über die Augen gelegt. Tschen, seine Frau, kam angehumpelt. Es musste etwas vorgefallen sein. Er ging ihr bis an den Weg entgegen. "Tse war da!" rief sie. "Fünzig Haikuan hat er gebracht, schönes, gutes Geld!" Tschen war ganz ausser sich. Aber Fang drehte sich schnell um. "Schönes, gutes Geld!" sagte die alte Tschen noch einmal. "Soldaten stehlen!" knurrte Fang und wollte gehen. Tschen hielt ihn zurück. "Aber Tse ist doch gar nicht mehr Soldat. Er ist bei Wu-pai in den Bergen!" Fang erschrak sehr. Lautlos sprach er das Wort nach. Darauf ging er rasch fort. Aus einiger Entfernung rief er der Alten zu: "Tu das Geld weg; es ist kein Segen daran!"

Tschen blieb stehen, ging dann sinnend nach dem Dorfe. Da fiel ihr der

Name Wu-pai ein. "Wer ist Wu-pai?" fragte sie in die erste Lehmhütte hinein. "Wie, Mutter Tschen, du weisst nichts von dem schlimmen Räuber?" rief man zurück.

Sie konnte kaum nach ihrer Hütte kommen; so war ihr der Schreck in die Glieder gefahren. Ja, sie hätte Tse von der Stadt zurückhalten sollen; dann wäre er jetzt ein ordentlicher Reisbauer. Bekümmert opferte sie ein Bund Reisstroh.

Wenige Tage darauf kamen Soldaten aus Shanghai. Die lungerten am Tage herum und stellten Nachts Wachen aus. Mutter Tschen fragte sie: "Wollt ihr hier auch schiessen?" Dabei betrachtete sie misstrauisch eine Gewehrpyramide.

"Vielleicht", sagten sie, "wenn er sich herwagt."

Mutter Tschen zitterte. "Wer denn? - Wer? - Wu-pai?"

"Wer sonst!" - Scher dich weg, Alte!"

Von nun ab fand die alte Tschen keinen Schlaf mehr. Während Fang tief schnarchte, musste sie wachend horchen. Zwischen Hoffnung, Tse könnte kommen, und Angst, die Soldaten könnten ihm etwas antun, verbrachte sie Tage und Nächte.

Dann, in einer Mitternacht, entstand ein gewaltiger Lärm im Dorfe. Die Hunde bellten, und es wurde geschossen. Rufen und Wehklagen hallte die Strasse herauf. Ein Mensch lief vorüber. "Wu-pai!" schrie der. "Wu-pai!"

Während Mutter Tschen noch starr vor Schreck im Lager sass, lief Fang schon hinaus. Roter Flackerschein blendete ihn fast. Häuser brannten. Ein toter Soldat lag im Wege. Auf dem freien Platze hausten wüste Gesellen. Vor einem fürchterlich aussehenden Menschen knieten der Kräme und seine Frau. Zweimal schoss der wilde Mensch, und beide lagen zuckend im Strassenkot. Struppig Hunde umkläfften die Banditen. Kinder liefen schreiend ins Dunkle.

Da stand Fang wie angewachsen. Aus dem Hause des reichen Eselvermieters kam Tse und schickte sich an, in das nächste zu gehen. Eine Pistole hielt er schussbereit. Fang wollte rufen. Er konnte es nicht. Er lief nach seiner Hütte. Auf halbem Wege kam ihm Tschen entgegen. "Wo ist Tse? - Tse soll herkommen!" schrie sie.

"Geh' von der Strasse!" rief Fang. "Tse ist nicht dabei!"

"Er ist doch dabei! - Hol' ihn doch!"

Aber Fang drängte die Widerstrebende nach seiner Hütte. Vor die Türe schob er eine schwere Truhe.

Im Dorfe wurde noch heftig geschossen. Dann verlor sich der Lärm nach den Bergen hin. Die Soldaten waren auf der Verfolgung.

Der Morgen ging über einem schrecklichen Bilde auf. Rauchende Trümmerhaufen, erschossene Einwohner, auch Frauen und Kinder. Alles war ausgeplündert. Verstört standen die Leute herum.

Mutter Tschen kniete an der Reihe der gefallenen Räuber. Wo das Gesicht einer Leiche dem Strassenkot zugekehrt war, drehte sie es um. Ihren Tse sucht sie. Aber er war nicht darunter. In diesem Augenblick zeigte jemand nach dem Dorfeingang. Soldaten kamen mit einigen gefangenen Banditen und Beutestücken.

Acht Gefangene hatten die Soldaten gemacht. Ein schauriger Zug war das. Mit rückwärts gefesselten Gliedern hingen sie an einem starken Bambusstabe. Blutig waren ihre Handgelenke. Verzerzt von Wut und Schmerz waren ihre herunterhängenden Gesichter. Bei einigen tropfte Blut aus Mund und Nase. Je zwei Mann trugen einen Gefangenen.

Als der fünfte Bandit herbeigeschleppt wurde, schrie Mutter Tschen gellend auf. Eine Frau, die ihn gerade schlagen wollte, riss sie zurück. "Tse ist das, mein Sohn! - Seht ihr das nicht?!"

"Tse ist ein Mörder!" riefen die Leute. "Er ist des Todes!"

Tschen heulte auf wie ein Hund. Sie sprach mit Tse. Doch der blieb stumm. Nur, wenn der Bambus stark wippte, stöhnte er. "Du sollst ihnen sagen, dass du kein Mörder bist!" fauchte die Alte. Über das Gesicht des Gefangenen ging ein Zug, der ihr fremd erschien. Unwirklich kam ihr dieser Aufzug vor.

Auf dem Dorfplatze wurde Halt gemacht. Das Volk lief zuhauf. Mutter

Tschen kauerte bei Tse. Die Stadt Kuan war nicht weit. In Kuan war der öffentliche Richtplatz.

Da rührte sich Tse. "Wasser! Wasser!" lallte er. Und mitten durch die johlende Volksmenge humpelte Tschen, so schnell sie konnte, nach der Hütte der Korbflechterin. Mit einem Wasserkrug und einem Messer kehrte sie zurück.

Im nächsten Augenblick war es geschehen. Tse war frei. Schlaff sanken seine Glieder. Doch weiterhin rührte er sich nicht.

"Komm' doch, Tse!" rief Tschen.

Fluchend kamen die Soldaten. Der eine hob, halb im Scherz, halb im Ernst, das Gewehr. "Willst du dich wohl wegscheren, Alte!"

Aber Tschen schlug ihm die Waffe zur Seite. "Komm' doch, Tse!"

"Halt' dein Maul, Weib!" schrienen die Soldaten und zwangen sie unter eisernen Griffen. Tschen wurde weggeführt. Sie wimmerte nur noch. Auf einen Stein vor dem Hause der Korbflechterin setzte man sie. Wilder Schmerz tobte in ihr. Denken konnte sie nichts.

Da gewahrte sie eine Bewegung unter den Leuten. Der Zug setzte sich wieder in Bewegung. Wie von Sinnen lief Tschen hinterher. "Tse soll nicht nach Kuan! - Er ist kein Mörder!" - Im Nu war sie bei ihrem Sohne. Der drehte Mutter Tschen ein qualverzerrtes Gesicht zu und lallte ein Wort. Darauf zuckte die Alte zusammen, taumelte fast. Doch ehe noch die Umstehenden es hindern konnten, hatte sie mit dem Messer einen Streich getan. Aus dem Halse Tses schoss ein Blutstrahl zu Boden. Der Alten entglitt das Messer. Sie selbst sank, von Krämpfen befallen, auf die Strasse.

Die Soldaten lamentierten und liessen Tse liegen. Der verblutete rasch.

+ + +

Als das Fest der Seelen gefeiert wurde, leuchtete auf Fangs Reisacker das Paperlämpchen von einem neuen Hügel. Tschen und Tse lagen darunter. Tschen hatte sich nicht wieder erholt. Jedesmal, wenn der alte Yack pflügend vorbeizog, durfte er sich verschnaufen. Dann verweilte Fang länger, als es eigentlich seine Zeit erlaubte.

Paul Behlau.

Ibsens letzte Liebe.^x

SPD. Henrick Ibsen dachte von den Frauen sehr hoch. Namentlich verehrte er die tüchtigen, tätigen Frauen, die guten, hilfsbereiten Kameradinnen. Für sogenannte Salondamen hatte er garnichts übrig. Eine seiner schönsten Mädchen gestalten ist Thora Bratsberg (in dem Lustspiel "Der Bund der Jugend"). Sie ist, wie es in dem Stücke heisst, "tief und still und treu". Wir treffen diesen Typus bei ihm des öfteren. Es sei nur erinnert an Asta Allmers ("Klein Eyolf"), Ella Rentheim ("John Gabriel Borkman") und Irene ("Wenn wir Toten erwachen"). Auch Hilde Wangel, die wir in der "Frau vom Meere" als spöttischen, sich ewig mokierenden Backfisch kennen lernen, und die wir dann im "Baumeister Solness" wiederfinden, ist trotz ihrer burschikosen Art tief und still und treu. Sie liebt den Baumeister, aber sie bringt es doch nicht übers Herz, ihn seiner Gattin wegzunehmen.

Das Urbild Hildes war eine junge Wienerin, namens Emilie Bardach. Sie war 1871 geboren und zählte, als sie mit dem 61jährigen Ibsen zusammentraf, 18 Jahre. Der bekannte Literaturhistoriker Georg Brandes hat die Briefe des Dichters an sie herausgegeben. Man hat sich über diese "Indiskretion" aufgeregt; wie mir scheint, ohne Grund. Das Verhältnis Ibsen zu der Achtzehnjährigen ähnelt dem Goethes zu Marianne von Willemer. Es war genau ebenso zart und innig. Warum soll man also nicht davon sprechen?

Ibsen lernte die junge Wienerin im Spätsommer 1889 kennen, und zwar in Gossensass in Tirol. Emilie weilte dort mit ihrer Mutter. Der Eindruck, den

das innerlich vornehme Mädchen auf den Dichter machte, muss tief und nachhaltig gewesen sein. In ihr Stammbuch schreibt er die verräterischen Worte: "Hohes, schmerzliches Glück - um das Unerreichbare zu ringen". Er schenkt ihr sein Bild und setzt auf die Rückseite die entsagende Widmung: "An die Maisonnette eines Septemberlebens - in Tirol". Das war am 27. September 1889. Anfang Oktober ist der Dichter schon wieder in München. Er hat Emilie Bardach niemals wieder gesehen.

Es ist sehr schwer, sich über solche zarten Beziehungen auszusprechen. Dass Ibsen das junge Mädchen wirklich geliebt hat, verraten die wenigen Briefe an sie nur allzu deutlich. "Ach, liebes Fräulein", schreibt er am 15. Oktober 1889, "Sie schreiben so reizend in Ihrem letzten - nein, nein, Gott behüte - in Ihrem vorigen Brief schreiben Sie so reizend: "Aber Fräulein bin ich nicht für Sie." Also - liebes Kind, - denn das sind Sie doch jedenfalls für mich, - sagen Sie mal, - erinnern Sie sich, dass wir einmal über Dummheiten und Tollheiten sprachen? Oder richtiger gesagt, ich sprach allerlei darüber. Dann übernahmen Sie, liebes Kind, die Lehrerrolle und bemerkten in Ihrer leisen, melodischen, weit dahinschauenden Weise, dass es doch immer ein Unterschied zwischen Dummheit und Tollheit sei. Nun freilich, davon hatte ich schon im voraus eine Ahnung. Aber diese Episode, wie alles übrige, ist doch in meiner Erinnerung. Denn ich muss immer und immer darüber grübeln: War es eine Dummheit oder war es eine Tollheit, dass wir einander entgegengekommen sind? Oder war es sowohl eine Dummheit wie eine Tollheit? Oder war es keins von beiden?... Ich glaube, das letzte wird doch das einzig Stichhaltige sein. Es war einfach eine Naturnotwendigkeit. Und es war ein Fatum zugleich". Der Brief schliesst: "Tausendmal gute Nacht, Ihr stets ergebener H.J."

Man fühlt aus diesen Worten, wie der alternde Dichter leidet und - seiner Natur nach - grübelt.

Allmählich findet er sich zu seiner Dichtung zurück. Am 19. November schreibt er: "Sie wissen ja, dass Sie immer in meinen Gedanken sind und bleiben werden. Ein reger brieflicher Verkehr ist von meiner Seite eine Unmöglichkeit". Er sei - so erklärt er - eifrig bei der Arbeit. Doch: "Dichten ist schön; aber die Wirklichkeit kann dann und wann noch viel schöner sein."

Am 6. Dezember packt ihn die Erinnerung wieder stärker. "Wie lebendig steht Ihre liebliche Erscheinung in meiner Erinnerung! In meiner Phantasie sehe ich Sie immer mit Perlen geschmückt." - "Als eine liebliche Sommererscheinung", so schreibt er am 22. Dezember, "habe ich Sie, meine liebe Prinzessin, kennen gelernt." Aber schon meldet sich eine leise Entfremdung: "Aufrichtig gesagt, liebe Prinzessin, - in vielen entscheidenden Beziehungen stehen wir doch einander sehr fremd gegenüber."

Am 30. Dezember dankt Ibsen dem Mädchen für ihr Bild mit folgenden Worten: "Ihr schönes, reizendes, so sprechend ähnliches Bild hat mir eine unbeschreibliche Freude bereitet. Ich danke Ihnen dafür tausendmal und so recht von Herzen".

Am 6. Februar 1890 bittet er sie dann, ihn zu vergessen. "Sie haben andre Aufgaben in Ihrem jungen Leben zu verfolgen, anderen Stimmungen sich hinzugeben. Und ich kann mich nie durch ein briefliches Verhältnis befriedigt fühlen".

Zum 70. Geburtstag des Dichters (Ende März 1898) sandte Emilie Bardach einen telegrafischen Glückwunsch und einen Brief. Ibsen schickte ihr daraufhin sein Bild und schrieb folgende Zeilen dazu:

Herzlich liebes Fräulein - - !

Empfangen Sie meinen innigsten Dank für Ihren Brief. Der Sommer in GosSENSASS war der glücklichste, schönste in meinem ganzen Leben.

Wäge kaum daran zu denken. Und muss es doch immer. - Immer!

Ihr treu ergebener Henrik Ibsen.

Dass der Dichter das liebliche Mädchen nicht vergessen konnte, beweist die Gestalt der Irene ("Wenn wir Toten erwachen"), die deutlich die Züge der

Wienerin trägt. Und wenn Ibsen in diesem seinem letzten Werke klagt, er habe über dem Dichten das Leben versäumt - sollte er da nicht auch an die schöne und doch so schmerzliche Episode in Gossensass gedacht haben?

Karl Quenzel.

Ein Laufmädchen.^x

SPD. Wir sind achtzehn Metalldreher im Saal Nummer zwölf; nebenan arbeiten zwanzig. Die Geräusche hören den ganzen Tag nicht auf, und manchmal wird einem der Lärm zu viel. Einer wie der andere ist schweigend in seine Arbeit versunken; die Gesichter sehen alle verdrossen aus; niemand lacht oder sucht ein Gespräch. Schweigend und verdrossen wird gearbeitet.

Wenn aber das junge, schlanke Laufmädchen in den Saal kommt, schimmert über alle Gesichter etwas Freundliches, Wohlwollendes, Väterliches und Gütiges. Das Mädchen schleppt verschiedene Materialien, die im Laboratorium gebraucht werden, durch unsern Saal und verlässt ihn immer durch dieselbe Türe. Wir sehen ihr nach. Sie macht acht Stunden Dienst; sagt nie ein Wort, ist immer flot unterwegs und rührt uns deshalb.

Es liegt daran, genau genommen, dass sie grau erscheint. Ihr ärmliches, geflicktes Kleidchen ist grau, ihre Hände sind grau, ihr Gesicht ist grau, ihr hellblonden Haare sind grau, ihre blauen Augen sind grau, ihr Lächeln ist grau, ihre achtzehn Jahre sind grau, - alles an ihr ist grau in grau.

Die Arbeit hat sie so verfärbt, so durch und durch mit Grau unscheinbar gemacht und aller lebendigeren Farben beraubt. Sie kommt uns schmachvoll bestohlen vor: um ihre Jugend, um ihre Anmut, um ihre Heiterkeit, um allen Gesang in ihrem Herzen. Auch dieses Herz hat während der Kindheit ein Traum genährt, aber dann kam das Erwachen, die Arbeit in der Fabrik.

Den Schatz an Lebensfreude, an Fröhlichkeit und Kraft, der auch ihr zuge-dacht gewesen war, hat sie nie kennen gelernt. Sie ist Laufmädchen in unserer Fabrik, achtzehn Jahre alt, und weiss nur um die graue, zerstörende, lähmende, ununterbrochene Arbeit. Grau in grau zieht sie täglich hundertmal an unsern Blicken vorüber, und wir fühlen uns geniert, dass sie unser Männerschicksal teilt. Wir möchten, dass sie uns etwas vorsänge, vortanze, - aber was fragt das Leben nach solchen sentimentalischen Wünschen! Wir sind achtzehn Metalldreher im Saal Nummer zwölf; wir haben zu arbeiten; das Mädchen hat zu arbeiten, - wehe dem, der andre Wünsche hegt als den, jeden Tag von früh bis Abends arbeiten zu dürfen!

Marim.

SPD. Ein Wink mit dem Zaunpfahl.^x In Schottland gibt es ein Schloss namens Hepplethwaiteshire. Man kann das Schloss Hepplethwaiteshire besichtigen. Eine Frau, Mac Adam tut das. Sie sah sich den Führer an und fragte: "Wo ist denn der frühere Führer?"

"Der alte Jonny? Der ist tot."

"Tot? Woran ist er denn gestorben?"

"Ein Schlossbesucher gab ihm fünf Schilling Trinkgeld. Und da ist er vor Aufregung an Herzschlag gestorben. Mir kann das ja nicht passieren. Ich habe ein sehr gesundes Herz...."

SPD. Ein neuer Freund dauert oft nicht länger als eine neue Mode.
Englisches Sprichwort.

Preussischer Landtag

11. Sitzung

SPD. Berlin, den 23. Juni 1932

Die Donnerstag-Sitzung des Preussischen Landtags wird um 12 $\frac{1}{4}$ Uhr eröffnet.

Anträge der Nationalsozialisten auf Aufhebung der Schliessung des Brau-
nen Hauses in Köln, sowie auf Abberufung des Kölner und des Kasseler Polizei-
präsidenten werden dem Hauptausschuss überwiesen. Ein Zentrumsantrag auf Be-
hebung der Arbeitslosigkeit im Sauerland und ein nationalsozialistischer An-
trag gegen die Stilllegung der Zeche "Dicksche Heide" der Niederrheinischen
Bergwerks-A.G. gehen an den Hauptausschuss.

Abg. Borck (Dnt.) Nach der Entscheidung, die Wahl des Ministerpräsidenten
nicht auf die Tagesordnung zu setzen, wird in diesem Landtag überhaupt kein
neuer Ministerpräsident gewählt werden, wenn nicht doch noch irgendwann die Na-
tionalsozialisten eine Mehrheitskoalition zu bilden bereit wären. Wir machen
das ganze Volk darauf aufmerksam, wer die Verantwortung trägt, dass die Regie-
rung Braun im Amte bleibt mit allen politischen und wirtschaftlichen Folgen,
die diese Tatsache hat. (Heiterkeit).

Es folgt die Besprechung des sozialdemokratischen Missbilligungsantrages
gegen den Präsidenten Kerrl, der begründet ist mit dem Empfang der Auslands-
presse durch den Landtagspräsidenten.

Abg. Bugdahn (Soz.):

Unser Antrag trägt das Datum des 20. Juni; eingereicht war er am 15. Juni.
Wir bezeichnen das Verhalten des Präsidenten Kerrl als nationale Würdelosig-
keit. (Grosse Unruhe bei den Nationalsozialisten) Dieser Ausdruck wurde vom
Präsidenten beanstandet, obwohl er durchaus dem nationalsozialistischen Sprach-
gebrauch entspricht. Wir haben dann den Antrag abgeändert und das Verhalten
des Präsidenten als einen Mangel an nationaler Empfindung und Urteilskraft
bezeichnet. (Andauernde grosse Unruhe bei den Nat. Soz.) Herr Kerrl hat vier
Tage gebraucht, ehe er auch diese Fassung beanstandete. In der jetzt vorlie-
genden Fassung, die das Verhalten des Präsidenten als Verletzung der nationa-
len Interessen des deutschen Volkes geisselt, ist der Antrag genehmigt worden
- nach vollzogener endgültiger Präsidentenwahl. (Hört, hört bei den Soz.) Wo-
rum der Streit zwischen Kerrl und Hirtsiefer in der Sache ging, interessiert
heute nicht. Sie entsinnen sich, dass der von den Nazis tolerierte Reichskanz-
ler Papen an Herrn Kerrl die Bitte um beschleunigte Wahl des Ministerpräsi-
denten gerichtet hat. Gegen diesen Brief hatte Minister Hirtsiefer protestiert.
Daraufhin trat der Landtagspräsident in Szene. Er hat in diesem politischen-
und innerpreussischen Streit die Auslandspresse berufen. Aber wir billigen
ihm, mildernde Umstände zu; er war durch grosse Vorbilder verführt. Am 28. Fe-
bruar hat Adolf Hitler an den Reichspräsidenten Hindenburg ein Schreiben ge-
richtet, das er vier Stunden früher der Auslandspresse als dem Reichspräsi-
denten zugehen liess. Der Reichspräsident hat damals durch den zuständigen Mi-
nister erklären lassen, die Würde des deutschen Staatsoberhauptes verbiete ihm
ein Schreiben zu beantworten, das nur eine an das Ausland gerichtete Propagan-
daschrift darstelle. Derartige Methoden sind mit einer deutschen Auffassung
nicht vereinbar, und wir fordern den Landtag auf, sie zu verurteilen. (Lebh.
Beifall bei den Soz.)

Abg. Lohse (Natsoz.): Von der Partei der Deserteure wollen wir keine
Vorhaltungen über deutsche Ehre hören. (Stürm. Beifall bei den Natsoz.) Leute
wie Ihr Parteisekretär Vater haben die Niederlage planmässig herbeigeführt.

Abg. Kasper (Komm.): Der Antrag ist wieder ein sozialdemokratisches Be-
trugsmanöver. Nur ausserhalb des Parlaments kann der antifaschistische Kampf
gewonnen werden.

Preussischer Landtag

11. Sitzung

SPD. Berlin, den 23. Juni 1932

Die Donnerstag-Sitzung des Preussischen Landtags wird um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnet.

Anträge der Nationalsozialisten auf Aufhebung der Schliessung des Braunen Hauses in Köln, sowie auf Abberufung des Kölner und des Kasseler Polizeipräsidenten werden dem Hauptausschuss überwiesen. Ein Zentrumsantrag auf Behebung der Arbeitslosigkeit im Sauerland und ein nationalsozialistischer Antrag gegen die Stilllegung der Zeche "Dicksche Heide" der Niederrheinischen Bergwerks-A.G. gehen an den Hauptausschuss.

Abg. Borck (Dnt.) Nach der Entscheidung, die Wahl des Ministerpräsidenten nicht auf die Tagesordnung zu setzen, wird in diesem Landtag überhaupt kein neuer Ministerpräsident gewählt werden, wenn nicht doch noch irgendwann die Nationalsozialisten eine Mehrheitskoalition zu bilden bereit wären. Wir machen das ganze Volk darauf aufmerksam, wer die Verantwortung trägt, dass die Regierung Braun im Amte bleibt mit allen politischen und wirtschaftlichen Folgen, die diese Tatsache hat. (Heiterkeit).

Es folgt die Besprechung des sozialdemokratischen Missbilligungsantrages gegen den Präsidenten Kerrl, der begründet ist mit dem Empfang der Auslands-presse durch den Landtagspräsidenten.

Abg. Bugdahn (Soz.):

Unser Antrag trägt das Datum des 20. Juni; eingereicht war er am 15. Juni. Wir bezeichnen das Verhalten des Präsidenten Kerrl als nationale Würdelosigkeit. (Grosse Unruhe bei den Nationalsozialisten) Dieser Ausdruck wurde vom Präsidenten beanstandet, obwohl er durchaus dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch entspricht. Wir haben dann den Antrag abgeändert und das Verhalten des Präsidenten als einen Mangel an nationaler Empfindung und Urteilskraft bezeichnet. (Andauernde grosse Unruhe bei den Nat. Soz.) Herr Kerrl hat vier Tage gebraucht, ehe er auch diese Fassung beanstandete. In der jetzt vorliegenden Fassung, die das Verhalten des Präsidenten als Verletzung der nationalen Interessen des deutschen Volkes geisselt, ist der Antrag genehmigt worden - nach vollzogener endgültiger Präsidentenwahl. (Hört, hört bei den Soz.) Worum der Streit zwischen Kerrl und Hirtsiefer in der Sache ging, interessiert heute nicht. Sie entsinnen sich, dass der von den Nazis tolerierte Reichskanzler Papen an Herrn Kerrl die Bitte um beschleunigte Wahl des Ministerpräsidenten gerichtet hat. Gegen diesen Brief hatte Minister Hirtsiefer protestiert. Daraufhin trat der Landtagspräsident in Szene. Er hat in diesem politischen und innerpreussischen Streit die Auslands-presse berufen. Aber wir billigen ihm mildernde Umstände zu; er war durch grosse Vorbilder verführt. Am 28. Februar hat Adolf Hitler an den Reichspräsidenten Hindenburg ein Schreiben gerichtet, das er vier Stunden früher der Auslands-presse als dem Reichspräsidenten zugehen liess. Der Reichspräsident hat damals durch den zuständigen Minister erklären lassen, die Würde des deutschen Staatsoberhauptes verbiete ihm ein Schreiben zu beantworten, das nur eine an das Ausland gerichtete Propaganda-schrift darstelle. Derartige Methoden sind mit einer deutschen Auffassung nicht vereinbar, und wir fordern den Landtag auf, sie zu verurteilen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Lohse (Natsoz.): Von der Partei der Deserteure wollen wir keine Vorhaltungen über deutsche Ehre hören. (Stürm. Beifall bei den Natsoz.) Leute wie Ihr Parteisekretär Vater haben die Niederlage planmässig herbeigeführt.

Abg. Kasper (Komm.): Der Antrag ist wieder ein sozialdemokratisches Betrugsmanöver. Nur ausserhalb des Parlaments kann der antifaschistische Kampf gewonnen werden.

Abg. Stendel (Dvp.) lehnt den sozialdemokratischen Antrag ab, bittet aber den Präsidenten, sich künftig anders zu verhalten.

Abg. Bugdahn:

Alle Kriegsteilnehmer muss ich es ablehnen, an den albernen und törichten Vorwürf der Desertion auch nur ein Wort zu verschwenden. (Stürm. Beifall b.d. Soz.) Herr Vater in Magdeburg war Gastwirt nicht Parteisekretär; er war nicht Sozialdemokrat, sondern Spartakist. (Hört, hört!) Im übrigen stellen wir nach den Erklärungen des Abg. Lohse fest, dass das mangelnde Empfinden für nationale Ehre nicht eine Einzelerrscheinung beim Präsidenten Kerl, sondern eine Massenerscheinung bei den Nationalsozialisten ist. (Stürm. Beifall b.d. Soz.)

Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt.

Abg. Freisler (Natsoz.) beantragt, den Tag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, den 28. Juni 1932, zum völkischen Trauertag und damit zum Feiertag zu erklären. Er verlangt sofortige Beratung und Abstimmung über diesen Antrag, die indessen nicht möglich ist, da die Sozialdemokraten widersprechen.

Es folgen die Ausschussberichte zu den Gegenständen Arbeitsbeschaffung und Unterstützungswesen.

Abg. Frau Hanna (Soz.):

Seit der ersten Beratung dieser Anträge hier im Hause ist im Reich das Kabinett Brüning gestürzt und das Kabinett der Barone ernannt worden. Das bedeutet für Arbeiter und Arbeitslose: Lasst alle Hoffnung fahren. (Lebh. Zustimmung b.d. Soz.) Neue Notverordnungen haben die Notlage der breitesten Massen ungeheuer verschärft. Beseitigt ist fast die gesamte Sozialversicherung der Nachkriegszeit, teilweise sogar die aus der Vorkriegszeit. Von der Arbeitslosenversicherung ist im wesentlichen nur die Beitragspflicht geblieben; Zweidrittel des Aufkommens werden für rein fürsorgliche Zwecke verwendet. Die Unterstützungssätze sind derart gekürzt, dass davon kein Mensch mehr auf die Dauer sein Leben fristen kann. Dazu hat man den Grossbetrieben ein Steuergeschenk von weit über 100 Millionen gemacht und bei der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. der Eisenindustrie eine Subvention von 100 Millionen zugeführt. Auf der andern Seite hat man Arbeitern und Angestellten die Beschäftigtensteuer auferlegt und die Umsatzsteuerfreiheit der Kleinstbetriebe aufgehoben. Von der Arbeitsbeschaffung ist in der Notverordnung der Reichsregierung Papen überhaupt keine Rede. (Hört, hört!) Was die einzelnen Vorschläge angeht, die hier als Hilfsmittel gegen die Arbeitslosigkeit beraten worden sind, so haben unsere Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit keine Mehrheit gefunden. Dabei ist es selbstverständlich, dass mit dem Fortschreiten der Technik die Arbeitszeit verkürzt werden muss. (Sehr wahr! b.d. Soz.) Die Nationalsozialisten haben Federgeld und Arbeitsdienstpflicht angepriesen. Aber die neue Federsche Binnenwährung kann nichts anderes bedeuten als Inflation und sofortige allgemeine Flucht in die Sachwerte. (Sehr wahr! b.d. Soz.) Die Arbeitsdienstpflicht soll nach dem Rundfunkvortrag des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Hierl nur ein Ersatz für die militärische Dienstpflicht sein. Sozial läuft sie auf die Beseitigung aller Arbeiterrechte im Betrieb hinaus. Die Proletarier haben sich gewiss unter Arbeit und Brot, das Sie (zu den Nazis) ihnen versprochen haben, etwas ganz anderes vorgestellt als Zwangsarbeit in der Kaserne und einen Schlag Essen aus der Gulaschkanone. (Sehr wahr! b.d. Soz.) Im übrigen drängen sich die deutschen Arbeiter zu Arbeit, und eine Arbeitsdienstpflicht ist deshalb ganz überflüssig. Letzten Endes spielte das Strammstehen dabei die Hauptsache. (Sehr gut! b.d. Soz.) Die Nationalsozialisten haben ferner scharfe Kontrolle der Börsen und Banken und Auflösung der anonymen Gesellschaften gefordert. Aber diese Auflösung der Aktiengesellschaften ist nur denkbar in der Form der Sozialisierung. (Sehr wahr! b.d. Soz.) Hier ist das Programm der deutschen Gewerkschaften, das Programm der Sozialdemokratischen Partei ist, und es weist den einzig wirk-

lich gangbaren Weg. (Zurufe bei den Nat.Soz.) Sie sagen, die Forderungen dieses Programms seien teilweise nationalsozialistisch? Nein, ein Teil Ihrer Forderungen ist vom marxistischen Sozialismus abgeschrieben, aber schlecht abgeschrieben. (Sehr gut! b.d.Soz.) Nur wenn die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel erhält, kann den riesigen Direktorengehältern den Aufsichtsratsstantien und den falschen Kapitalanlagen ein Ende gemacht werden. (Leb.Zustimmung bei den Soz.)

Wir werden in diesem Hause keine Mehrheit für positive Fortschritte im Sinne unserer Auffassungen finden. Wir werden sozial erst wieder vorwärtskommen, wenn das deutsche Volk begriffen hat, wer ernsthaft gewillt ist, ihm aus seiner Not herauszuhelfen. (Bravo! b.d.Soz.)

Abg. Dr. von Waldhausen (Dnat.) möchte von den Nationalsozialisten wissen, was Herr Thyssen zu ihrem Antrag auf Auflösung aller Aktiengesellschaft sagt. (Heiterkeit) Volkswirtschaftlich sei ein solcher Antrag reiner Unsinn.

Abg. Rüffer (Dnat.) erklärt, dass auch die Deutschnationalen Gegner der Notverordnung der Regierung Papan seien. (Heiterkeit)

Nach längerer Debatte werden auf Antrag der Kommunisten die Abstimmungen auf Freitag verschoben. Zu den Anträgen betreffend Fürsorgeleistungen erklärt

Abg. Frau Wachenheim (Soz.):

Wir werden den vorliegenden Anträgen nicht zustimmen, weil mit ihrer Annahme den Fürsorgeempfängern kein Pfennig mehr zukäme. Selbst die Reichsregierung von Papan hat anerkannt, dass den Gemeinden weitere Mittel nicht zur Verfügung stünden und dass ihnen eben vom Reich neue Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten. Dabei hat aber diese Regierung von Papan, die durch Abmachungen zwischen Herrn Hitler und Herrn Schleicher ins Leben getreten ist, die Unterstützungssätze in allen Zweigen der Versicherung unerträglich herabgesetzt, und das Notwendigste ist, diese Kürzungen rückgängig zu machen. Es ist untragbar, dass bei den grossen Beitragsleistungen der Arbeiter zur Arbeitslosenversicherung die Leistungsfrist auf sechs Wochen herabgesetzt und die Selbstverwaltung praktisch illusorisch gemacht wird. Eine wirksame Wohlfahrtspflege ist nur möglich auf der Grundlage einer umfassenden Sozialversicherung. Die Regierung Hitler-Papan zerschlägt die Sozialversicherung; sie nimmt den Bedürftigen und gibt den Frick und Flick. (Sturm.Beifall b.d. Soz.- Grosser Lärm bei den Natsoz.) Die neuen spielerischen Uniformen der SA. und der SS. sind ein Hohn auf die Not des Volkes. (Erneuter Beifall links und neuer Lärm rechts) Aber jeder neu ausgestaffierte SA.-Mann zeigt dem ganzen deutschen Volke, dass die Nationalsozialisten und die Regierung Papan und die Notverordnungen eins sind. (Sturm.Beifall b.d.Soz., wütende Zurufe b.d. Nat.Soz.- Abg. Gehrman (Soz.): Das ist der Anstand gegen eine Frau! - Abg. Kube (Nat.Soz): Soll sie uns nicht beleidigen! - Lachen und andauernder Lärm.

Den kommunistischen Antrag auf gänzlichen Fortfall der Rückerstattungspflicht für Fürsorgeleistungen können wir nicht annehmen, ohne die Gemeinden ausserstand zu setzen, auch nur das Notwendigste für die Fürsorgebedürftigen zu tun. Die dazu in der Lage sind, sollen an die Gemeinde rückerstatten, was sie können. Wer freilich länger als ein halbes Jahr Wohlfahrtsunterstützung bekommt, bei dem sollte die Rückerstattungspflicht wegfallen, weil sie praktisch mehr Schreibereien und Mahnungen zur Folge hat, als tatsächlich eingezo-

gen werden kann. Im Ganzen wird die Sozialdemokratie nicht aufhören, für ausreichende soziale Leistungen zu kämpfen. Wir führen den Kampf für die sozialen Leistungen und deshalb gegen die Nationalsozialisten. (Sturm.Beifall b.d.Soz.)

Die Abstimmungen werden gleichfalls auf Freitag vertagt.- Es folgt die Kulturdebatte.

Abg. Kerff (Komm.) begründet die kommunistischen Anträge gegen die Kulturreaktion.- Abg. Oelze (Dtn.) begründet die deutschnationalen Anträge gegen

den Kulturbolschewismus. Er fordert Verbot der Freidenkerorganisationen und der weltlichen Schulen.- Abg. Dr. Haupt (Nat. Soz.): Zucht ist mehr wert als wissenschaftlicher Unterricht. Der Quell des Kulturbolschewismus ist die liberale Gleichgültigkeit gegenüber den ewigen Kulturwerten, der Relativismus, der Liberalismus, der Sozialismus, der Kommunismus. Auch das Zentrum ist völlig dem liberalen Irrtum verfallen. Wir wollen weder die raktionäre Lernschule noch die subjektive Erlebnisschule; wir wollen die deutsche Charakterschule. Man kann die Kultur nicht von dem ablösen, was der Mensch isst und trinkt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Deshalb müssen wir erst ein neues Staats- und Wirtschaftsfundament legen, ehe wir darüber den Neubau der völkischen Kultur errichten.

Abg. Stendel (DVP.) protestiert dagegen, dass der Vorredner Stressmann als ungläubigen Kulturbolschewisten beschimpft hätte. (Grosser Lärm b. d. Natsoz.)

Die weitere Debatte wird auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Abg. Freisler (Natsoz.) erneuert seinen Antrag betreffend Volkstrauertag Es wird ohne Widerspruch auf die Tagesordnung der Freitagsitzung gesetzt.

Abg. Freisler bringt eine Unmenge von Anträgen ein, die auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschaft die Staatsregierung auffordern, auf die Reichsregierung einzuwirken, dem nächsten Reichstag bestimmte Vorschläge zu machen.

Abg. Schwenk (Komm.): Wir wollen nicht widersprechen, dass diese Anträge sofort den zuständigen Ausschüssen überwiesen werden. Aber viel einfacher als dieser sehr lange Umweg wäre, wenn Herr Freisler seinen Parteifreund Strasser veranlassen wollte, endlich den Anträgen auf Einberufung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages stattzugeben. Dort gehören alle diese Anträge hin. (Lebh. Beifall links).

Die Anträge werden ohne Widerspruch den Ausschüssen überwiesen.
